

www.kpoe-steiermark.at

Steirische Volksstimme



Ausgabe 05, Juni 2007 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPO**

Stadtblatt – Zul.Nr. 03Z035132

Preisexplosion: Euro macht Leben teuer

Seit Jänner 2002 dürfen wir mit dem Euro bezahlen. 10 Schilling sind ein Euro – ein zum Eurostart oft beklagtes Umrechnungsverhältnis. Heute könnten wir darüber froh sein: Die Mietkosten stiegen um 20, der Preis für Heizöl um 80 Prozent. Die Lebenskosten sind gestiegen wie nie zuvor. Seite 2/3

RUINÖSES GLÜCKSSPIEL:

Spieler haben 57.000 Euro Schulden S. 7

ALTENPFLEGE:

Trotz Ausbildung kein Pflegejob S. 8/9

LANDWIRTSCHAFT:

Gegen Biopiraten: Saatgut für alle S. 18



Urlaubszeit. Ab in die Ferien ist die Devise für viele, wenn die Schulferien beginnen. Wir wünschen Ihnen erholsame und schöne Tage! Sollten Sie den Urlaub zu Hause in der Steiermark verbringen, lohnt sich ein Blick auf Seite 17. Dort finden sich einige Freizeittipps zum Nulltarif für die kleine Brieftasche.

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

4.700 Banditen sind scharf auf Ihre Marie.

Ware / Leistung	Preis 2001 in Schilling	Preis 2007 in Schilling (Euro)
1 Liter Diesel	10,44	13,75 (0,999)
1 Liter Superbenzin	12,51	15,29 (1,111)
1 Schachtel Memphis	38,00	49,54 (3,60)
1 Lotto-Tipp	10,00	15,14 (1,10)
1 kg Mischbrot	27,99	56,42 (4,10)
1 kg Tomaten (Österr.)	26,14	34,26 (2,49)
1 Liter Milch	9,90	13,07 (0,95)
6er-Packung Freiland Eier L	18,99	30,14 (2,19)
100 g Emmentaler	11,11	17,75 (1,29)
1 Kilo Kartoffeln (Österr.)	11,56	20,50 (1,49)
100 g Vollmilchschokolade	8,57	10,32 (0,75)
Krügerl Bier	32,00	44,00 (3,20)
Verlängerter	25,00	34,40 (2,50)
100 ml Zahncreme (Elmex)	25,89	43,89 (3,19)
Kinokarte (Mo-Mi)	50,00	75,68 (5,50)

Quelle: Statistik Austria, eigene Recherche

Enorme Steigerungen: Viel Dinge des täglichen Lebens sind enorm teurer geworden. Brot etwa gibt es zwar auch günstiger, will man jedoch eine etwas bessere Qualität, zahlt man heute doppelt so viel wie 2001. Ein Kilo heimische Tomaten sind so wie ein Liter Diesel um 31 %, ein Kilo österreichische Kartoffeln gar um 77 % teurer. Da tröstet es wenig, dass Vollmilchschokolade „nur“ um 20 % mehr kostet.



PREISE STIEGEN SEIT EURO-EINFÜHRUNG 2002 GEWALTIG AN

Nicht nur unser tägliches Brot ist

Essen, Wohnen, Heizen: Lebenswichtiges ist seit der Euro-Einführung wesentlich teurer geworden. Erst jetzt steht eine Erhöhung des Milchpreises im Raum. 10 Schilling gleich ein Euro – oft schaut das Verhältnis inzwischen schlimmer aus.

Für alle, die täglich aufs Geld schauen müssen, ist der Euro alles andere als eine Errungenschaft. Die zahlenmäßig kleinen Summen, die man beim Einkaufen auf den Tisch legt, verschleiern die wahren Verhältnisse. In Wirklichkeit ist vieles ordentlich teurer geworden, während die Gehaltsentwicklung da nicht mithalten kann.

Gerade die Güter des täglichen Bedarfs sind teurer geworden, hat die Statistik Austria herausgefunden. Ein Liter Milch war vor der Euro-Umstellung um 9,90 S zu ha-

ben, fünf Jahre später kostet er rund 95 Cent (13 S). Einen Kilo gutes Brot bekam man 2001 um rund 28 S, inzwischen sind daraus 50 und mehr Schilling geworden.

Heizölpreis um 80 % gestiegen

Restaurants, Friseure, Kosmetikerinnen haben die Preise ebenso erhöht wie Energiekonzerne oder Vermieter. Die Mietkosten stiegen laut Arbeiterkammer von 2002 bis Ende 2006 um fast 20 %. Noch steiler ging es mit den

Betriebskosten bergauf: plus 31 Prozent! Das liegt auch am Heizöl-Preis, der geradezu explodiert ist und laut AK von 2003 bis zum letzten Winter um 80 % zulegte.

Daran ist freilich nicht nur der Euro schuld, sondern die gruselige Energiepolitik seit der Privatisierung der Stromerzeuger, die dann zum ungehemmten Preisdiktat ansetzen. Das zeigt sich etwa bei der OMV. Seit der Staat dank der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Privatisierungswelle – außer Wehklagen anzustimmen – keinen Einfluss mehr nehmen kann, schnellen die Preise für Treibstoff unaufhaltsam in die Höhe. 10,14 S (0,737 Euro) kostete ein Liter Diesel im Jahr 2002, heute hat er die Euro-Grenze (13,7604 S) überschritten und steigt

pünktlich zu Ferienbeginn jedesmal ordentlich an.

Mehr als 20.000 S für den Führerschein

Diese Sorgen hat man freilich erst, wenn man einen Führerschein besitzt. Einst hat es 10.000 S gekostet, um ein Auto pilotieren zu dürfen. Heute verlangen Fahrschulen für die Zwei-Phasen-Ausbildung für Autos im Österreichschnitt 1.545 Euro (21.260 S).

Wer da denkt, er tröstet sich mit einem kühlen Blondin oder einem Verlängerten, darf wieder nicht an den Schilling denken. Vor der Einführung des Euro als Bargeld im Jänner 2002 war so manches Krügerl Bier um rund 30 S zu haben. Heute ist man mit 3,20 Euro



Die Euro-Einführung brachte gewaltige Preissteigerungen mit sich.

HOHE PREISE

Die meisten Preise steigen stetig. Der Grund dafür ist die Inflation („Geldentwertung“), die in Österreich 2006 nur 1,5 % ausmachte. Wenn man eine durchschnittliche Inflation von 2 % pro Jahr berücksichtigt, dürfte ein Liter Diesel heute rund 11,8 Schilling oder 0,855 Euro kosten. Den tatsächlichen Preis von 0,979 Euro traute sich kaum jemand verlangen, wenn er noch 13,47 Schilling kassieren müsste...

teuer geworden

(44 S) gut bedient. Der Verlängerte, der einst samt Trinkgeld um 25 S serviert wurde, kostet heute 2,50 und mehr Euro (34 S). Und die Torte dazu, für die zu Schillingzeiten die oberen 20er-Regionen einzuplanen waren, bewegt sich rund um die 3-Euro-Grenze (41 S). Da reden wir noch nicht von der Kugel Eis, an der man inzwischen um wohlfeile 90 Cent (12,40 S) schleckt.

Schuldenfalle Euro

Also bleibt noch die Flucht in andere Realitäten – etwa ins Kino. Ab 5,50 Euro (75,70 S) ist man dabei. Obwohl: Früher reichten 50 S. Und für Popcorn und ein Getränk kommt noch einmal ein stattliches Sümmchen dazu. Weil alles zusammen aber 10 Euro

anstatt 137,60 Schilling ausmacht, kommt es den meisten nicht so schlimm vor, meint der Schweizer Uni-Professor Hans Wolfgang Brachinger, der die „gefühlte Inflation“ hinter dem Euro gesucht hat: 10 Euro erscheinen wesentlich „billiger“ als 100 Schilling.

Die Unterschätzung führt im Alltag zu höheren Ausgaben, zu überzogenen Bankkonten, Schulden, Problemen. So praktisch der Euro bei Auslandsreisen ist – im Inland ist er für viele mehr ein Fluch.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ–Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at



foto furgler

MEINUNG

Ernest Kaltenegger

Wach-rütteln!

Jahrelang wurde das Problem der steigenden Zahl an Spielsüchtigen in unserem Land von den verantwortlichen Politikern ignoriert. Doch nun scheint endlich Bewegung in die Sache zu kommen. Mit dazu beigetragen hat, dass sich immer mehr kritische Stimmen aus der Bevölkerung zu Wort melden. Seien es Familienangehörige und Freunde von Spielsüchtigen, ehemalige Spieler beziehungsweise Frauen und Männer, die noch immer unter ihrer Sucht leiden. Oft sind es aber auch einfach Menschen mit offenen Augen für die Probleme unserer Zeit, die Maßnahmen gegen die neue Volkskrankheit Spielsucht fordern.

Schon fast 3.000 Steirerinnen und Steirer haben binnen kurzer Zeit mit ihrer

Unterschrift die Forderungen der KPÖ nach einem strengeren Glücksspielgesetz unterstützt. Täglich langen neue Unterschriftenlisten bei uns ein. Die Wirkung scheint nicht auszubleiben: Einstimmig hat sich ein Unterausschuss des Landtages auf die Durchführung einer Arbeitstagung mit Fachleuten zu diesem Thema am 2. Oktober geeinigt. Dann allerdings sollten rasch die notwendigen Gesetzesänderungen erfolgen.

Damit keiner der Vorschläge gleich wieder in der Schublade verschwindet, dafür kann eine möglichst große Zahl von Menschen sorgen, die mit ihren Unterschriften alle Landtagsparteien wach-rütteln. Geschlafen wurde schon lange genug!

Tel. 0316 / 877 5104

KLEIN, ABER MIT BISS



Jetzt ist klar, warum der neue Flieger Eurofighter heißt: Weil manche Waffenhändler um hunderttausende Euro Schmiergeld gefightet haben.

INHALT

Landesumlage abschaffen!... ..4
Ende der Abfallvermeidung.... 6
Diskussion zum Glücksspiel.... 7
Kein Job in Altenpflege8/9
Spesen für Mieter 10
Das bessere Schulsystem..... 15
Größter Erfolg bei ÖH-Wahl 15
Ferienstpaß zum Nulltarif..... 17
Freies Saatgut für alle..... 18
Infos für Pensionisten..... 19
Frauen im Widerstand..... 20
Mehr Geld für Politiker 21



AUCH WENN PROPORZ FÄLLT: KRISE DER POLITIK WIRD BLEIBEN Landesumlage wird leider nicht abgeschafft

Das Proporzsystem – es sieht vor, dass Parteien ab einer bestimmten Stimmenanzahl automatisch in der Landesregierung vertreten sind – soll bis zu den nächsten Landtagswahlen abgeschafft werden. Für eine Änderung der Landesverfassung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig, was eine Einigung von SPÖ und ÖVP in dieser Frage voraussetzt.

Obwohl beide Großparteien immer wieder Einigkeit beteuern, wenn es um das Abschaffen des Proporzsystems geht, scheinen doch Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihrer Absichten angebracht zu sein. In der Landtagssitzung im Mai verknüpfte ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler einmal mehr die Frage der Abschaffung des Proporzsystems mit einer großen Verfassungsreform.

Drexler stellte, wohl wissend, dass die SPÖ hier nicht in allen Punkten konform geht, die Direktwahl der Bürgermeister und des Landeshauptmannes sowie eine Verkleinerung von Landesregierung und Landtag zur Diskussion.

Ernest Kaltenegger (KPÖ) bekannte sich zur Abschaffung des Proporzsystems. Der KPÖ-Klubobmann machte allerdings klar, dass mit dieser Maßnahme

allein die Politikverdrossenheit der Menschen kaum abnehmen werde. Kaltenegger: „Die Krise der Politik hängt mit den immer geringer werdenden Gestaltungsmöglichkeiten der Politik zusammen, weil alles auf Fragen der Wirtschaft reduziert wird!“ Damit würden die Parteien austauschbar. Politik müsse mehr sein, als nur die Vorgabe von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Werner Murgg (KPÖ) nannte die Direktwahl der Bürgermeister „eine demokratiepolitische Mogelpackung“, da dadurch die Gemeinderäte abgewertet würden. Auch die Grünen wollen den Proporz lieber heute als morgen abgeschafft wissen.

Verschlechterungen bei Kinderbetreuung

Auf der Tagesordnung des Landtags stand auch die Änderung des Kinderbetreuungs- und Kinderbetreuungs-Förderungsgesetzes. Das Betreuungsgesetz regelt unter anderem die mögliche Höchstzahl der Kinder pro Gruppe. Hier kommt es nun zu einer Erhöhung. Mehr Kinderbetreuungsplätze werden zum Preis größerer Gruppen bei

gleicher Betreuerinnenzahl verkauft. Das wird klarerweise auf die Qualität der Betreuung Auswirkungen haben. Das Betreuungs-Förderungsgesetz regelt die Zuschüsse des Landes an die Kindergartenbetreiber. Renate Pacher (KPÖ): „Die Zuschüsse des Landes müssten längst erhöht werden. Viele Betreiber können ältere Dienstnehmer auf Grund deren höherer Bezahlung kaum mehr beschäftigen!“

Landesumlage

Ein Antrag der KPÖ, die von den Gemeinden an das Land zu entrichtende Landesumlage abzuschaffen, wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Ernest Kaltenegger (KPÖ) argumentierte, dass immer mehr Gemeinden sich kaum mehr in der Lage sehen, die an sie gerichteten Aufgaben finanziell zu bewältigen. Finanzielle Belastungen der Gemeindebürgerinnen und -bürger seien die Folge. Dazu Erwin Dirnberger (ÖVP): „Ich bin mit dem Anliegen der Kommunisten grundsätzlich einverstanden.“ Allerdings könne das Land auf diese Abgabe derzeit nicht verzichten.



Hilfe für Mieter

Sanktionsmöglichkeit sorgt für mehr Rechtssicherheit.

Ohne Wohnbeihilfe ist für viele Steirerinnen und Steirer die Wohnung nicht bezahlbar. Um die Beihilfe zu bekommen, braucht man eine „Wohnungsaufwandsbestätigung“, die vom Vermieter zu unterzeichnen ist. „Leider kommt es immer wieder vor, dass diese Bestätigung verweigert wird“, kritisiert KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Um derlei Schikanen zu verhindern, stellte die KPÖ im Landtag den Antrag, solche unseriösen Vermieter mit Sanktionen zu belegen.

Immerhin, so Kaltenegger, sind die Mieter sonst vom Bezug der Wohnbeihilfe ausgeschlossen, auch wenn sie alle sonstigen Erfordernisse erfüllen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Kaltenegger: „Die betroffenen Mieter stehen durch diese Verweigerung schuldlos vor großen finanziellen Problemen. Sie sind diesen Willkürakten hilflos ausgeliefert.“ Deshalb sei eine Sanktionsmöglichkeit per Gesetz wichtig.

SPÖ und ÖVP gegen Alkverbot im Landtag

Mit gutem Vorbild voran: Zu Zeiten, in denen Kampfrinken unter Jugendlichen für Schlagzeilen sorgt, wünscht sich die KPÖ während der Landtagssitzungen ein Alkoholverbot. In der Landtagssitzung im Mai wurde von ihr ein dahingehender Antrag eingebracht.

KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger machte während der Debatte klar, dass ein derartiges Alkoholverbot in den meisten Betrieben

selbstverständlich sei. Während der Arbeitszeit sollte kein Alkohol getrunken werden. Von diesem Grundsatz dürften sich auch Abgeordnete nicht selbst ausnehmen. Schließlich sei der Landtag deren Arbeitsplatz. Überdies hätten Politikerinnen und Politiker eine Vorbildfunktion. Die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP wollen offenbar auch während der Landtagssitzung weiterhin auf einen guten Schluck nicht verzichten und zeigten dem KPÖ-Antrag die rote Karte.

Ohne Betriebsrat keine Wirtschaftsförderung

Mittel- und Großbetriebe sollen in Zukunft nur mehr dann Wirtschaftsförderung des Landes erhalten, wenn ein Betriebsrat existiert. Eine derartige Änderung der Richtlinien zur Wirtschaftsförderung des Landes wurde auf Antrag der KPÖ im Landtag mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ und Grünen beschlossen. Die ÖVP stimmte dagegen.

Der KPÖ-Abgeordnete Werner Murgg begründete den Antrag mit der Tatsache, dass es in unserem Bundesland immer noch viele Großbetriebe

gebe, in denen der Betriebsrat ein Fremdwort sei. Gerade in Zeiten, in denen der Druck auf die Beschäftigten zunehme, seien Betriebsräte enorm wichtig. Die Wirtschaftsförderung könne hier als Lenkungsmittel eingesetzt werden.

Gerald Schöpfer (ÖVP) will davon nichts wissen: „Wir dürfen nicht mutwillig in die Sozialpartnerschaft eingreifen.“ Oft wünsche die Belegschaft keinen Betriebsrat. Die Initiative für Betriebsräte müsse von der Belegschaft ausgehen und nicht von den Unternehmensführung.

KOMMENTAR

Ohne Betriebsrat – keine Wirtschaftsförderung!

Von KPÖ-LAbg. Dr. Werner Murgg



Der Druck auf die Beschäftigten wird täglich größer! Da bieten Betriebsräte einen gewissen Schutz vor unternehmerischer Willkür. Trotzdem gilt es vielfach in Unternehmerkreisen immer noch als chic ohne Betriebsrat auszukommen. Das Fehlen einer gesetzlich vorgesehenen Arbeiter- und Angestelltenvertretung nicht dem Unwillen der dort Beschäftigten, einen Betriebsrat einzurichten, geschuldet, sondern sehr oft dem Druck der Unternehmensführung. Durch einen Betriebsrat gut organisierte Arbeiter und Angestellte haben allemal mehr Durchsetzungsmöglichkeiten ihrer Rechte, als Beschäftigte in Betrieben, wo jeder Arbeiter und jede Angestellte dem „Chef“ einzeln gegenüber treten muß. Wer hier einen Betriebsrat einrichten will, sieht sich deshalb sehr oft dem Druck der Unternehmensführung ausgesetzt. Jüngstes Beispiel ist die Textilhandelskette Kik. Was Frank Stronach von unabhängigen Betriebsräten hält ist bekannt. Die großen privaten steirischen Abfallentsorger besitzen durch die

Bank kaum Betriebsräte. Deshalb unser Antrag, in Zukunft nur mehr solchen Mittel- und Großbetrieben eine Förderung zukommen zu lassen, die einen Betriebsrat besitzen. Erfreulicherweise wurde der Antrag im Landtag angenommen. Daß die ÖVP dagegen stimmte war zu erwarten. Ebenso, der darauf folgende Protest von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Der Klasseninstinkt der Unternehmer sagt ihnen sehr schnell, wenn ihre Freiheiten beschnitten werden könnten. Aber auch Arbeiter und Angestellte haben ein Klasseninteresse. Dazu gehört die Existenz von Betriebsräten. Das Argument von ÖVP- und Unternehmenseite, die KPÖ würde mit diesem Antrag die Einrichtung von Betriebsräten den Unternehmern aufbürden, geht ins Leere! Unser Antrag verpflichtet nicht die Unternehmer zur Einrichtung von Betriebsräten. Das ist selbstverständlich nach wie vor Sache der Belegschaft. Unser Antrag soll es in Zukunft schwieriger machen Druck auf Beschäftigte auszuüben, die einen Betriebsrat einrichten wollen.

Joanneum: Endlich mehr Lohn für Vigilanten

Auf Antrag von ÖVP, KPÖ und Grünen wird das Gehalt der Vigilanten im Landesmuseum Joanneum – zuständig ist SPÖ-Landesrat Kurt Flecker – jetzt auf 7,60 Euro pro Stunde angehoben. Die SPÖ stimmte dagegen.

Mindeststundenlohn

Die KPÖ stellte zudem den Antrag den Mindeststundenlohn auf alle Beschäftigten in landeseigenen oder landesnahen Betrieben auszuweiten.

Werner Murgg (KPÖ): „Es ist höchst an der Zeit, allen ein menschenwürdiges Einkommen zu sichern!“ Der KPÖ-Abgeordnete erinnerte daran, dass sich alle Parteien im Landtag unlängst bei einer Enquete zu einer Mindestsicherung bekannt hätten, gleichzeitig gäbe es immer noch Schundlöhne. Der Gewerkschafter Klaus Zenz (SPÖ) erteilte dem Ansinnen eine Abfuhr. „Der KPÖ-Antrag geht am Ziel weit vorbei!“ SPÖ und ÖVP stimmten dagegen.



Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

Die Abzocker

Sie sind rot oder schwarz, blau oder gar orange.

Sie sind die neuen Abzocker. Sie bereichern sich an den Süchten unserer Mitmenschen. Sie sind die Profiteure des Glückspiels. Mit ihrem politischen Einfluss ebnen sie dem Glückspiel Tür und Tor. Die Lobbyisten der Casinobetreiber und Wettanbieter wollen uns weis machen, dass eine Öffnung des Marktes für eine funktionierende EU notwendig ist.

tragen

Tatsächlich denken sie dabei nur an ihr eigenes Wohl, an ihr Beraterhonorar und an ihre Aktienkurse.
Am liebsten würden sie das ganze Volk zu Spielern machen.

Nadelstreif.

Werbung für Glücksspiele gehört verboten.
Spielsüchtige oder gar Kinder brauchen keine Verlockungen!
Wir wollen eine massive Besteuerung von Glückspielautomaten und eine Zweckbindung dieser Einnahmen für Vorsorge und zur Betreuung spielsüchtiger Menschen.

Wir wollen keine unglücklichen Familien und keine ruinierten Existenzen.

KPO

KPÖ-Landtagsklub, Klubobmann Ernest Kaltenecker, (0316) 877-5104
Informationen und Unterschriftenlisten: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>
Bitte unterstützen Sie uns!

STEIRISCHE DURCHSCHNITTSSPIELER

Statt Reichtum 57.000 Euro Schulden

Eine Podiumsdiskussion zum Unglück rund ums Glücksspiel zeigte die Probleme klar auf. Höhere Abgaben, echte Limits beim Spielen und weniger Automaten sollen für weniger Spielsucht sorgen.

Spielsucht – ein ernstes Thema in der Steiermark. Die Drogenberatungsstelle des Landes und der Suchtberatungsverein B.A.S. haben so viel Arbeit wie noch nie, so Andreas Neuhold von der Drogenberatungsstelle. Durchschnittlich 57.000 Euro Spielschulden hat der 42-jährige steirische Durchschnittsspieler angehäuft, wobei auf neun Männer eine Frau komme. Bis zu 12.000 Steirer sind spielsüchtig, noch einmal so viele massiv gefährdet.

Davon profitieren letztendlich die Betreiber diverser Automatensalons, die den Spielern mit Tricks das Geld unglaublich schnell aus der Tasche ziehen, weiß der Jurist Felix Ehrnhöfer: „Der erlaubte Einsatz beim Kleinen Glücksspiel beträgt 50 Cent. Mit sogenannten Würfelspielen vor dem echten Glücksspiel lassen sich die Einsätze aber gewaltig erhöhen.“ So lasse sich an einem Abend am Automaten locker ein Monatseinkommen und mehr verzocken.

Glücksspielbetreiber Heinz Lindenau stellte sich mutig der

Diskussion. Besagte Würfelspiele zum Erhöhen des Einsatzes seien legal – allerdings ohne Gewinnmöglichkeit, wie ein Zuhörer einwarf. Lindenau setzt auf den Jugendschutz und scharfe Kontrollen: „Wir brauchen das Geld von Jugendlichen wirklich nicht.“

Aber seine Erklärung der Gewinnmöglichkeiten sorgte für Wirbel im Saal. Die Gewinnquote sei höher als 90 Prozent, mehr als je zuvor, meinte der Glücksspiel-Betreiber. „Ich kenne niemanden, der gewonnen hat“, rief ein erbotener Zuhörer. Dass man bei einem Einsatz von 100 Euro 90 Euro zurück bekomme, stimme aber nicht, so Lindenau, denn die Quote sei auf große Summen bezogen. „Wenn Sie um eine Million Euro spielen, bekommen Sie garantiert 900.000 Euro zurück.“ 100.000 Euro bleiben beim Betreiber. Und in Wirklichkeit noch mehr, dafür sorgt die Programmierung des Geräts, wenn um kleine Summen gezockt wird.

Für die KPÖ ist all das unhaltbar. „Wir werden das

Spielen nicht unterbinden, die Leute haben immer gespielt und werden immer spielen. Aber wir brauchen wieder Ordnung“, meint KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Der Einsatz von 50 Cent gehöre eingehalten, nur derartige Münzen dürfen eingeworfen werden. Und es solle eine Spieldauer von rund 20 Sekunden geben. „Wenn alles langsamer wird, werden früher aufhören. Die Suchtgefahr nimmt ab.“

Höhere Abgaben sollen Therapiemaßnahmen zu Gute kommen, etwa einem stationären Angebot, das es in der Steiermark nicht gibt. Derzeit werden Spielsüchtige zur Therapie nach Kärnten oder Vorarlberg geschickt.

Außerdem gehöre die Zahl der Automaten eingeschränkt. „Das Angebot ist dort am größten, wo es den Menschen am schlechtesten geht, wo man davon träumt, das Jammerthal verlassen zu können. Da stoßen dann viele auf das Kleine Glücksspiel“, sagt der KPÖ-Klubchef. Eine Änderung wäre ein Gebot der Zeit.

Der Einsatz der KPÖ stößt auf immer mehr Zustimmung. Im Landtag wird es am 2. Oktober eine Enquete zum Thema Spielsucht und dem Problemfeld „Kleines Glücksspiel“ ge-

ben. Bis dahin läuft auch die Unterschriftenaktion der KPÖ. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser von der Unterschriftenliste auf Seite 23 Gebrauch zu machen und sie an uns zurückzusenden. Unter der Nummer 0316 / 877 51 04 können Sie auch weitere Unterlagen anfordern. Siehe auch: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>

SELTSAM

Änderung beim Kleinen Glücksspiel tut Not. Ein Gast bei der Podiumsdiskussion der KPÖ zum Thema gab sich optimistisch: „Ich habe bei Grünen, junger ÖVP und SPÖ nachgefragt. Alle meinten, sie unterstützen der Bemühungen der KPÖ.“

Ganz so scheint es aber zumindest in der ÖVP nicht zu sein. Da machen sich die Grazer ÖVP und die junge ÖVP für ein Bankomatsystem wie bei Zigarrettenautomaten stark. Im Landtag sieht man das anders. ÖVP-Symphathieträger Christopher Drexler fragte sich, ob das technisch machbar sei... Auf seiner Wellenlänge liegt Wirtschaftskammer-Vertreter Wolfgang Kasic, der für den Jugendschutz, aber gegen Eingriffe beim Kleinen Glücksspiel ist.



Reges Interesse gab es an der Podiumsdiskussion der KPÖ zum ruinösen Glücksspiel.

MEINUNG

Peter Scherz, Arbeiterkammerrat
und Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr



Aus für Voyager – Jobverluste ?

Mit Jahresende läuft die Voyager-Produktion bei Magna-Steyr aus. 800 ArbeitnehmerInnen droht der Jobverlust, wenn es zu keinen Folgeaufträgen kommt. Der Druck auf die Belegschaft ist groß. In dieser Situation ist jede/r Einzelne froh, überhaupt Arbeit zu haben, und wird sich hüten, irgendwelche Forderungen zu stellen oder sich über Bedingungen zu beklagen.

Aufsehen in den Medien erregte der kürzlich erfolgte Deal zwischen Frank Stronach und Oleg Deripaska, bei dem Deripaska mit nur 20 % der Aktien gleich 43 % der Stimmrechte erworben hat. Das kanadische Aktienrecht macht's möglich. So gut wie sicher ist, dass das Engineering in Graz bleibt.

Doch wie es um die Zukunft der Produktion in der Steiermark überhaupt steht, ist ungewiss. Schon jetzt einigt man sich bei jedem Neuauftrag unter dem globalen Konkurrenzdruck auf ein Preisniveau, das unter dem

aller vorangegangenen Produktionen liegt.

Die Zeche zahlen die Arbeiter in Form von Lohnkürzungen und Verlagerung der Arbeitsplätze in Billiglohnländer. Manager sprechen dann auch gerne vom „Abspecken“. Abspecken heißt ja, dass jemand, der zu viel Fett angesetzt hat, eine Diät machen muss. Doch es ist eine höchst geschmacklose Bezeichnung dafür, dass man Menschen um Einkommen und Existenz bringt. In den oberen Etagen ist Abspecken ohnehin kein Thema. „Synergieeffekte schaffen“ nennt man wiederum das Schließen ganzer Abteilungen.

Doch wenn das Management Arbeiter, die vom gerade erfolgten Arbeitskräfteabbau noch einmal verschont geblieben sind, weismachen will, man habe durch diese Kündigungen die verbliebenen Arbeitsplätze gesichert, hört sich der Beschönigungsspaß ganz auf, meint Ihr Peter Scherz

DRINGEND GEBRAUCHT, ABER NICHT Pflegehelfer:

Mit der Ausbildung zu Pflegehelfer und Plegehelferin wollte sich das Ehepaar T.* eine neue Existenz schaffen. Was sie nicht wussten: die vom Wirtschaftsministerium unterstützte Bildungsoffensive führte trotz Abschluss mit „ausgezeichnetem Erfolg“ in eine Sackgasse.

Ich verstehe die Welt nicht mehr“, klagt Herr T., „Mitte März 2006 haben meine Frau und ich die Ausbildung zum Pflegehelfer begonnen. Von Seiten der ausbildenden Stellen (BFI bzw. LKH) wurde uns wiederholt bestätigt, dass dieser Beruf Zukunft habe. Es hieß, die Krankenhäuser würden sich um uns reißen.“

Höchstens vorgemerkt

Davon kann allerdings jetzt keine Rede mehr sein. Mehr als 40 Bewerbungen haben Herr T. und seine Frau, die zum Zweck der Ausbildung extra nach Graz gezogen waren, seit

Beendigung ihrer Ausbildung im März dieses Jahres schon geschrieben. Die Antworten – so überhaupt geantwortet wird – lassen nicht einmal in absehbarer Zeit die Aussicht auf eine Stelle durchblicken.

Selbstverständlich haben Herr und Frau T. sich in ihren Bewerbungen auch an die größten einschlägigen Arbeitgeber, von KAGES über Geriatrisches KH der Stadt Graz bis zu Volkshilfe gewandt – ohne Erfolg.

Ausbildung geht weiter...

„Zu unserem großen Ent-

Horrorjob Handel

Wieder einmal wird ein Rückschritt als Fortschritt verkauft. Lange hat es gedauert, bis im 20. Jahrhundert der 8-Stunden-Tag, die 40-Stunden-Woche erkämpft war. Im 21. Jahrhundert geht es rapide rückwärts. Im Handel sind nun Öffnungszeiten von Montag bis Freitag von 6 bis 21 Uhr (am Samstag bis 18 Uhr) möglich. Dazu sind „Events“ erlaubt, die bis 24 Uhr dauern dürfen. Die Geschäfte dürfen statt bisher 66 Stunden ab 1. Jänner sogar 72 Stunden pro

Woche aufsperrn, die Normalarbeitszeit wächst von 8 auf 10 Stunden. Von diesen „Errungenschaften“, die auf die Kappen von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein und der Gewerkschaft gehen, sind mehr als 500.000 Handelsangestellte in Österreich betroffen.

Die KPÖ ist gegen diese Verschlechterungen. Lange Arbeitszeiten, mangelnde Kinderbetreuung, schlechte Bezahlung sind nicht im Sinne der arbeitenden Menschen.



BEZAHLT PFLEGEHELFER IN DER STEIERMARK

Trotz Ausbildung kein Job

setzen mussten wir Anfang Mai feststellen, dass in Graz noch weiter ausgebildet wurde und ausgebildet wird", erzählt Herr T. 180 sollen es, den Angaben von Herrn T. zufolge, derzeit insgesamt sein.

Zugleich haben von den 45 Personen, die mit Herrn T. gemeinsam den Kurs besuchten, bisher lediglich 9 eine Anstellung gefunden, und auch dabei handelt es sich zumeist nicht um vollwertige Arbeitsplätze, sondern hauptsächlich um Teilzeitstellen mit extrem niedriger Entlohnung.

Ja, gibt es jetzt den sogenannten Pflegenotstand oder nicht? Frau T., die sich auch in zahlreichen privaten Einrichtungen beworben hat, berichtet von alarmierenden Zuständen im Pflegebereich. „Ich habe Häuser gesehen, in

denen 50 Pflegefälle von nur zwei Pflegehelferinnen betreut wurden", erzählt Frau T. Trotz des dringenden Bedarfs werden oft nicht genügend Pflegekräfte eingestellt.

Gratispflege erwünscht

Für PraktikantInnen, die ihre Arbeitskraft kostenlos zur Verfügung stellen, gibt es aber offenbar genug Arbeit. Herr T.: „Die Praktikanten, also auch Pflegehelfer während ihrer Ausbildung, füllen das künstlich geschaffene Loch in den Krankenhäusern und Heimen auf und dienen so als ‚kostenlose‘ Arbeitskräfte.“ Herr T. hat ausgerechnet, dass allein die TeilnehmerInnen an seinem Kurs gratis 12 1/2 Jahre an Arbeitszeit eingebracht haben – in Arbeitsentgelt um-

gerechnet wären das 252.000 Euro an Gehältern, die sich so der Gesundheitsbereich erspart hat!

Zugleich steigt die Zahl der arbeitslosen PflegehelferInnen. Derzeit liegt sie bei rund 650 allein in der Steiermark.

Herr Mag. Karl-Heinz Snobe, Landesgeschäftsführer des AMS Steiermark, weiß um die angespannte Situation im Pflegebereich. „Wir haben im Vorjahr den Regierungsauftrag von Wirtschaftsminister Bartenstein bekommen, die Ausbildung zum Pflegehelfer zu fördern. Die Förderung läuft heuer aus.“ Zum Thema Pflegenotstand meint Snobe: „Dieser bezieht sich vor allem auf die Pflege rund um die Uhr daheim, für welche inländische Arbeitskräfte schwer zu finden sind – dies vor allem

auch deshalb, weil bis heute nicht geklärt ist, wie Entlohnung und Sozialversicherung abgegolten werden sollen.“

Pflege nicht profitabel

Herr T. ist enttäuscht: „Wir dachten, einen Beruf gewählt zu haben, der für unsere Gemeinschaft notwendig sei und deshalb auch wertgeschätzt würde.“

Doch in einem kapitalistisch orientierten System darf eben nur dort Geld ausgegeben werden, wo am Ende riesige Profite winken. Pflege „rentiert sich nicht“. Die Wirtschaft wird unterstützt, die Menschen nicht. Ein trauriges Zeugnis für unsere Gesellschaft.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Arbeitslosenversicherung: Rückzahlung

Für ältere Männer, die nach dem 1. Jänner 2004 ihren 56. Geburtstag gefeiert haben, gibt es einen Teil der Arbeitslosenversicherung zurück.

Mehr als 10.000 ältere Arbeiter und Angestellte dürfen sich in der Steiermark auf eine derartige Rückzahlung freuen. Im Schnitt bekommen sie laut Berechnung der Arbeiterkammer rund 1.250 Euro ausbezahlt. Betroffen sind alle Männer, die zwischen 1. Jänner 2004 und jetzt das 56. Lebensjahr überschritten haben.

Das Geld fordert der Arbeitgeber an und zahlt es auch aus, wenn Mann ihn seit 2004 nicht gewechselt hat. Sonst muss man einen Teil bei der Krankenkasse beantragen. Dort gibt es dafür ein Formular. Leider muss das Geld versteuert werden...



Von Pflegenotstand war in den letzten Monaten in den Medien häufig die Rede. Tatsächlich sind jüngsten Zahlen zufolge in der Steiermark derzeit rund 650 Pflegehelferinnen und Pflegehelfer arbeitslos gemeldet. Derzeit sind rund 180 in Ausbildung – Zukunft ungewiss!
Foto: BIGSHOT

*Namen sind der Redaktion bekannt.

SOZIALSERVICE

Erhöhte Familienbeihilfe

Der Erhöhungsbeitrag zur Familienbeihilfe wegen erheblicher Behinderung (erhöhte Familienbeihilfe) ist ein Zuschlag zur allgemeinen Familienbeihilfe und steht so lange zu, wie die allgemeine Familienbeihilfe ausbezahlt wird. Er beträgt 138,30 Euro monatlich pro behindertem Kind.

Der Antrag muss beim Wohnsitzfinanzamt mit dem Formular Beih 3 eingebracht werden. Dieses findet man auch im Internet unter www.bmf.gv.at, Link: Formulare, Link: Formulare – Steuern/Beihilfen, Link: Beihilfen, Link: Beih 3.

Nach Antragstellung wird man schriftlich zur ärztlichen Untersuchung des Kindes durch eine/n Arzt/Ärztin des Bundessozialamtes eingeladen. Ab einem Grad der Behinderung von mindestens 50 % wird die Beihilfe gewährt.

Als Behinderungen gelten: körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen und Sinnesbeeinträchtigungen. Auch für lernbehinderte Kinder (Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf) kann ein Antrag gestellt werden.

Da die erhöhte Familienbeihilfe vom Beginn der Behinderung an zusteht, und zwar auch rückwirkend bis zu 5 Jahre ab Antragstellung, empfiehlt es sich, im Formular Beih 3 das zweite Kästchen (ab dem Zeitpunkt des Eintrittes der erheblichen Behinderung...) anzukreuzen und als Nachweis für den Beginn der Behinderung Kopien aller Befunde und Behandlungsunterlagen des Kindes zur ärztlichen Untersuchung mitzunehmen. Eine Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen erfolgt alle fünf Jahre.

DSA Karin Gruber
KPÖ-Landtagsklub,
Herrengasse 16, 8010 Graz,
Tel: 0316/877 51 01
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at



Statt Stress Kaffee bei der Schlüsselrückgabe – eine oft illusorische Wunschvorstellung. Foto: BIGSHOT

DIE KAUTION – OBJEKT DER VERSUCHUNG
„Auszugsspesen“ für Mieter

Wer bereits bei Bezug der Wohnung eine Mängelliste erstellt, kann sich viel Ärger und Kosten sparen – vor allem, wenn es um die Rückzahlung der Kaution geht.

Ob professionelles Immobilienbüro, ob private Vermieterin, ein spezieller Wunsch eint sie nicht selten: Nach Ende des Mietverhältnisses möglichst viel von der vom Mieter hinterlegten Kaution einzubehalten. Dabei wird gerne tief in die Trickkiste gegriffen.

Beliebte Methode: Schlüsselübergabetermine werden nicht eingehalten, beim folgenden Termin – möglichst knapp vor Ablauf der Mietdauer – werden dann „Mängel“ entdeckt. Der nächste Termin fällt dann bereits ins Monat nach Ablauf des Mietvertrages und kostet den staunenden Mieter, die staunende Mieterin einen zusätzlichen Monat Miete, und bei manchen Hausverwaltungen darüber hinaus noch etliche Euro für eine Zweitabnahme!

Da Mieterinnen und Mieter zu Beginn des Mietverhältnisses meist keine Mängelliste erstellt haben, werden sie oft auch noch für Schäden verantwortlich gemacht, die bereits bei Bezug der Wohnung vorhanden waren. „Gebühren“ für Endreinigungen, Kosten für

die Übernahme der Wohnung und ähnliche Skurrilitäten runden die Palette „hausherrlichen“ Einfallsreichtums ab, wenn es darum geht, MieterInnen noch schnell um ihre Kaution (oder Teile davon) zu erleichtern.

Unser Tipp: Erstellen Sie bei Bezug der Wohnung eine Mängelliste, wobei Sie durchaus kleinlich sein sollten. Jeder noch so kleine Kratzer im Parkettboden könnte Ihre Kaution gefährden. Machen Sie Fotos von der Wohnung sowohl bei Bezug als auch bei Ende des Mietverhältnisses, nachdem Sie die Wohnung gereinigt haben. Heben sie Rechnungen von eventuellen Handwerkerarbeiten auf.

Sollten Sie, liebe Mieterinnen und Mieter, Fragen zu diesem Thema haben, kontaktieren Sie eine Beratungsstelle, etwa den Mieterschutzverband oder den Mieternotruf der KPÖ (0316 / 71 71 08).

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband Steiermark
Sparbersbachgasse 61, Graz
Tel. 0316 / 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

DIE REICHSTEN STEIRER: FRANZ MAYR-MELNHOF-SAURAU

Reichtum – richtig verpackt

Franz Mayr-Melnhof-Saurau erbte ein millionenschweres Vermögen. Die Gesetze im Steuerparadies Österreich sowie perfekte Netzwerke zu Industriellenvereinigung und in die Politik sorgen für stetige Vermehrung des Reichtums.

Vom Großgrundbesitz zum Industrieimperium

Etwa 32.400 Hektar Grundbesitz machen den 29-jährigen Franz Mayr-Melnhof-Saurau zum zweitgrößten privaten Grundbesitzer Österreichs. Sie bildeten die Basis des heutigen Firmenimperiums der Mayr-Melnhofs, das über zahlreiche Einnahmequellen im In- und Ausland verfügt.

Eine davon ist die international agierende MM Karton AG. Als europäischer Marktführer in der Faltschachtelerzeugung konnte der Konzern im Jahr 2005 immerhin einen

Umsatz von 1,45 Mrd. Euro erwirtschaften.

Immobilien als Draufgabe

Mayr-Melnhof ist Hauptgesellschafter der gemeinnützigen steirischen Wohnungsunternehmen GmbH. Gemeinsam mit seinen fünf Geschwistern führt der 29-jährige die MM Immobilien Invest GmbH. Neben Schloss Pfannberg und dem Grazer Palais Saurau stehen auch an die 50 Zinshäuser im Besitz der Gesellschaft.

Als „viel wichtiger als zwei Hektar mehr oder weniger

Besitz“ bezeichnete

der in Salzburg ansässige Friedrich II. das gut funktionierende Mayr-Melnhofsche Familiennetzwerk. Hinzu kommen gute Kontakte zur Industriellenvereinigung, wie z.B. die Freundschaft zwischen IV-Chef Veit Sorger und dem langjährigen MM-Chef Michael Gröller. Weitere Verbindungen: Guido Held, der in die Familie eingeherrschte Präsident der Steirischen Rechtsanwaltskammer, sitzt im Vorstand diverser Privatstiftungen, und Friedrich II., heute im Aufsichtsrat des im Mehrheitsbesitz befindlichen Kartonkonzerns, ist ehemaliger ÖVP-Landesrat.

„Stiften gehen“ für Wohlhabende

Das Vermögen wird auch bei den Mayr-Melnhofs in mehrere Stiftungen der Familie transferiert – der übliche „Kunstgriff“ der Superreichen. Denn die Einbringung von Vermögen in eine Privatstiftung kostet nur 5 % des Vermögenswertes, bei Grundstücken gar nur 3,5 %. Gewinne aus Privatstiftungen sind mit wenigen Ausnahmen steuerfrei. Allein in den Jahren 2003/04 soll sich so das Vermögen des Karton-Barons um 181 Mio. Euro vermehrt haben.

Die Konsequenz: Das Vermögen



Grundbesitz, Immobilien: Franz Mayr-Melnhof-Saurau (29) erbte ein Riesenvermögen.

Foto: Mayr Melnhof Karton AG

der Reichen wächst rasant, während in Österreich bereits 500.000 Menschen in akuter Armut leben.

REICHTUMSBERICHT

Die ungerechte Verteilung des Wohlstandes – 10 Prozent der Österreicher besitzen 90 Prozent des Vermögens – war für die KPÖ der Anlass zu schauen, wo das Geld zu Hause ist. Im steirischen Reichtumsbericht kann nachgelesen werden, warum die Kluft zwischen arm und reich immer größer wird.

Der zweite Teil des Reichtumsberichts bringt Licht ins Dunkel um sieben superreiche Steirer. Wir bringen einen Auszug aus der Broschüre, die Sie bei der KPÖ Steiermark anfordern können: KPÖ-Ernest Kaltenecker, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Tel 0316/877 5104 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at <http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

Tolle Ferienangebote für Kids

Katalog anfordern

Information und Anmeldung:

im **kinderland** Büro

Ferienhotline: 0316 / 829070

E-mail: office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at

INFOS ZU ATB

Als Werk der Bauknecht-Gruppe gegründet, wurde die Firma nach der Bauknechtpleite von der Verstaatlichtenholding GBI aufgefangen. Nach der Sanierung des Betriebes erfolgte seine endgültige Privatisierung.

Insgesamt 941.040,53 Euro erhielt ATB an Fördergeldern von Bund und Land in den Jahren 1998 bis 2000.

Zuletzt erwarb der Großindustrielle Mirko Kovats rund 90 % des Elektromotorenwerkes. Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart.

Der Standort Spielberg gerät zunehmend unter Druck. In den letzten Jahren wurde dort nicht mehr investiert. Zuletzt wurde die Firmenzentrale per 30.12.2006 von Spielberg nach Wien verlegt.



GEBROCHENE VERSPRECHEN – ENTLOHNUNG WIE VOR ZEHN JAHREN

ATB - Lohndumping der bes

Die Standorte des Elektromotorenherstellers ATB Antriebstechnik werden gegeneinander ausgespielt. Unter Druck gesetzt, zahlen die ArbeitnehmerInnen zähneknirschend den Preis – im trügerischen Glauben, dass Standort und Arbeitsplätze gesichert sind.

Der Geschäftsbericht der ATB Austria Antriebstechnik AG für das 1. Quartal 2007 liest sich wie eine einzige Erfolgsgeschichte: beachtliche Umsatzsteigerungen, Verdoppelung des Auftragsstandes, Erhöhung des Betriebsergebnisses um mehr als 100 %, glänzende Prognosen... Im letzten Jahr hat der Konzern weiter expandiert und sich bei der Motorengruppe Lindeteves-Jacoberg Ltd. in Singapur eingekauft.

Nur die Arbeiterinnen und Arbeiter von ATB Spielberg merken davon freilich wenig. Immer wieder hieß es in den

letzten Jahren für sie zurückstecken, und immer unter dem gleichen Vorwand, der Sicherung des Standortes und der Arbeitsplätze.

Doppelt gespарт durch „Mehrarbeit“

Ende 2003 drohte die Geschäftsführung mit einer Produktionsauslagerung nach Serbien und dem Abbau von 150 Arbeitsplätzen. Nach intensiven Verhandlungen erklärte sich die Belegschaft in einer Betriebsvereinbarung zu einer täglichen Mehrarbeit ohne Lohnausgleich bereit. Im Gegenzug dazu wurde den

Arbeitern zugesichert: kein weiterer Arbeitsplatzabbau bis Ende 2008.

Doch im Dezember 2006, also erst knapp drei Jahre später, die nächste Hiobsbotschaft: 200 bis 300 Beschäftigte sollten im heurigen Frühjahr abgebaut werden. Das gegebene Versprechen: wertlos!

Am 30. Mai 2007 dann die Entwarnung. Der Arbeiterbetriebsrat verkündet stolz in einem Rundschreiben, dass die drohende große Verlagerung des Gerätemotorenbereiches „abgewendet werden“ konnte. Zugleich wird die seit rund drei Jahren geltende Mehrarbeit abgeschafft. Doch das kostet 2,5 % von der IST-Lohnerhöhung. Wieder einmal wird die Zahl auf dem Lohnzettel eingefroren. „Ich bekomme

seit 10 Jahren den gleichen Lohn ausbezahlt!“, klagt eine Arbeiterin. Wer mit der Vereinbarung nicht einverstanden ist, kann – wie es zynisch im Rundschreiben heißt: „...unter Wahrung Ihrer Rechte und Pflichten bis zum 31.7.2007 aus der ATB austreten.“

Gegeneinander ausgespielt

Szenenwechsel: Ein weiterer Standort der ATB-Gruppe befindet sich in Welzheim in Deutschland. Dort drohte Eigentümer Mirko Kovats – ebenfalls Ende 2003! – den Arbeiter/innen mit der Abwanderung nach Spielberg und dem Abbau von rund 160 Arbeitsplätzen. Um diese abzuwenden, akzeptierte der Betriebsrat einen Lohn- und Gehaltsabschlag von 9,5 %



„Willkommen“ steht auf dem Firmenschild von ATB-Spielberg. Für Arbeiter gilt das nur, wenn sie bereit sind, in regelmäßigen Abständen Lohnkürzungen bzw. Arbeitszeitverlängerungen hinzunehmen. Die Angst vor drohenden Produktions-Auslagerungen ist stets präsent. So können auf Kosten der Arbeiter/innen die Gewinne maximiert und eine weitere Expansionspolitik vorangetrieben werden.

sonderen Art

und eine Reduzierung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Das Verhandlungsergebnis wurde als „Erfolg“ und Sicherheit für weitere fünf Jahre verkauft.

Man drohte also zeitgleich den Deutschen mit der Abwanderung nach Österreich und den Österreichern mit der Abwanderung nach Serbien. Die Belegschaften der Standorte wurden regelrecht gegeneinander ausgepielt.

Schlechtes Betriebsklima

Trotz aller Lohneinbußen steigt der Leistungsdruck, der auf den Arbeiterinnen und Arbeitern des Betriebes lastet. Hohe Mengen- und Qualitätsvorgaben gehen an die Substanz. Eine Arbeiterin der ATB Spielberg berichtet: „Das

Betriebsklima ist sehr schlecht. Viele kündigen von selbst, weil sie den physischen und psychischen Belastungen einfach nicht mehr gewachsen sind.“ Standortsicherung gibt es trotzdem keine. Ein 2005 mit den Wahlwerbetrommeln von ÖVP und SPÖ angekündigtes Investitionsprojekt, das 300 Arbeitsplätze gesichert hätte, wurde ersatzlos gestrichen. Stattdessen wurde mit Jahresende 2006 wurde die Konzernzentrale von Spielberg nach Wien verlegt.

Die Belegschaft der ATB ist ganz offensichtlich ein Opfer des rücksichtslosen Kapitalismus. Wieder einmal hat der Staat alles aus der Hand gegeben und der Willkür eines Großkonzerns überlassen – zum Schaden der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Region.

KOMMENTAR

ATB Spielball der Konzerne

Von KPÖ-LAbg. Renate Pacher



Die Beschäftigten der ATB in Spielberg haben schon viele Höhen und Tiefen erlebt.

Angst um den Arbeitsplatz, Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten, Versprechungen über den Ausbau des Standortes und Arbeitsplatzgarantien, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben sind.

Die ATB ist ein wichtiger Betrieb im Aichfeld, mit – in unserer Region leider Mangelware – zahlreichen Frauenarbeitsplätzen. Die ATB ist ein Motorenhersteller, eine Branche, die stark unter dem Konkurrenzdruck von Billiglohnländern steht. Ob die ATB eine Zukunft hat, hängt auch davon ab, ob es gelingt, neue, moderne und energiesparende Motoren zu entwickeln und diese auch in Spielberg zu produzieren. Ein

massiver Ausbau der Forschung und Entwicklung in Spielberg ist nötig, damit der Betrieb längerfristig Bestand hat.

Die ATB wurde privatisiert und steht nun im Eigentum des Großindustriellen Mirko Kovats.

Daher fallen die Entscheidungen über Produktionsstandorte oder Forschungskonzepte in der Konzernzentrale. Und hier zählt nicht das Wohl der Region oder der Beschäftigten, sondern der Maximalprofit.

Der Privatisierungswahn der letzten Jahre hat bewirkt, dass die Zukunft der Betriebe und der Menschen zum Spielball von Konzerninteressen wird. Hier gegenzusteuern – auch durch einen Ausbau des öffentlichen Eigentums – ist angesichts der geballten Macht der Konzerne ein Gebot der Stunde.

1. Juli: Steirische Bürgermeister bekommen mehr Gehalt

Am 1. Juli werden in Österreich die Politgehälter erhöht. Die Erhöhung wirkt sich auch auf das Einkommen der Bürgermeister in der Steiermark aus.

Ab 1. Juli bekommt der Grazer Bürgermeister 12.405 Euro (12.242 €) monatlich, die Bürgermeister von Leoben und Kapfenberg erhalten 6820 € (6.718 €) und die Bürgermeister von Bruck, Judenburg, Knittelfeld, Köflach, Trofaiach

und Voitsberg 5215 € (5.137 €). Die KPÖ fordert die Abschaffung der Politikerprivilegien und die Koppelung der Politikerbezüge an ein noch zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen im Monat.

Die Bezüge von Bürgermeistern sollten sich auch in Städten wie Leoben und Kapfenberg dem durchschnittlichen Einkommen der unselbständig Beschäftigten annähern.



Murtal

Sprechstunde und Sozialberatung

mit KPÖ-LAbg. Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Freitag, 6. Juni,

KPÖ Büro Knittelfeld 10.00 bis 12.00 Uhr

Knittelfeld, Friedensstraße 10

Voranmeldungen bitte unter: 03512/82240 oder 0316 / 877 5104



GEMEINDEVERWALTUNG KNITTELFELD

Ein vernichtendes Urteil

In der Gemeinde Knittelfeld ist im Vorjahr überraschend ein Konto mit einem Minus von 3,6 Millionen Euro aufgetaucht. Eine Prüfung durch das Land wurde angeordnet und ergab ein vernichtendes Urteil über die Gemeindeverwaltung.

Der Bericht wurde in einer 6-stündigen Gemeinderatssitzung präsentiert, danach wurden die Ansichtsexemplare vernichtet. Nur durch massiven Druck der drei KPÖ-Gemeinderäte wurde erreicht, dass der Bericht im Gemeinderat noch ausführlich diskutiert wird. Der SPÖ-Bürgermeister Siegfried Schafarik hatte dies zuerst verweigert.

Dabei beinhaltet der Bericht genug Diskussionsstoff: Das Geheimkonto existiert seit 1993 und wurde im Rechenwerk der Gemeinde verschleiert. Das Konto wurde vom inzwischen verstorbenen Finanzdirektor geführt. Nachdem auf Belegen bis zu sechs verschiedene Unterschriften aufscheinen, schließt der Be-

richt, dass mehrere Personen vom Konto wussten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Gemeindefunktionäre, ob es zur Anklage kommt, ist offen.

Die Gemeinde als Melkkuh

Sowohl das reguläre Gemeindekonto als auch das Geheimkonto wurden regelmäßig weit überzogen. Die verrechneten Kreditzinsen waren viel höher als marktüblich, die Gemeinde erlitt einen gravierenden finanziellen Schaden. Diese Praxis der hohen Zinsen ist völlig unverständlich, da Knittelfelder Gemeindefunktionäre in wichtigen Gremien der Bank gesessen sind und sogar Eigentümerfunktionen ausgeübt haben. Es stellt sich die Frage, wessen Interessen sie in dort wahrgenommen haben; die Interessen der Gemeinde offensichtlich nicht. Dazu kommt, dass die KPÖ jahrelang darauf hingewiesen hat, dass die Gemeinde zu hohe Kreditzinsen zahlt.

Neben der Geldvernichtung zum Schaden der Gemeindegewerinnen und -bürger



Nach dem Verkauf der Sparkasse tauchte dort ein überzogenes Geheimkonto der Stadt auf.

deckte das Land zahlreiche andere Ungereimtheiten auf, z.B. bei der Landesausstellung in Knittelfeld. Hier gab es enorme Budgetüberschreitungen ohne eine Gesamtabrechnung.

Knittelfeld ist eine Gemeinde mit SPÖ-Zweidrittelmehrheit. Kritik von der Opposition wurde oft als „Querulantenrum“ abgetan. So hat KPÖ-

LABg. Renate Pacher, die in Knittelfeld Gemeinderätin ist, in Sachen Landesausstellung Gemeinderat und Land schon frühzeitig über Überschreitungen informiert – die Warnungen wurden damals leider nicht ernst genommen. „Wäre das Land schon damals aktiv geworden, wäre vielleicht das Geheimkonto früher aufgefliegen“, meint sie.

Kein Platz für Sexismus

Sexistische Aktionen sind in ÖVP-Kreisen in letzter Zeit offenbar gefragt. Bei der Verleihung des Gesundheitspreises durften Preisträger halbnackte Frauen von Bademänteln „befreien“, bei der Eröffnung des Feuerwehrmuseums in Groß St. Florian



LABg. Claudia Klimt-Weithaler initiierte Landtagsbeschluss.

waren Frauen im knappen Bikini plus Feuerwehrgürtel als optischer Aufputz da. Verantwortlich zeichneten VP-Wirtschaftskammermann Wolfgang Kasic und Ex-ÖVP-Landtagspräsident Reinhold

Purr. Grund genug für einen Antrag der KPÖ, wonach alle Veranstaltungen und Projekte, die mit öffentlichem Geld gefördert werden, „in Zukunft auf diskriminierende, sexistische und rassistische Inhalte verzichten müssen“, so die KPÖ-Abgeordnete Claudia

Klimt-Weithaler, „denn Frauen werden in letzter Zeit immer öfter auf Objekte männlicher Begierden reduziert“. Der Antrag wurde von allen angenommen; auch von VP-Mann Kasic.

KÖFLACH

Gemeinde will 330 Wohnungen verkaufen

Köflach will Finanzkrise durch Verkauf von Gemeindefunktionen überwinden.

Köflach ist quasi pleite. Doch das ist nicht das Ende allen Übels. Nun denkt die Stadt daran, 330 Gemeindefunktionen zu verschern; Marktwert sind fünf bis 10 Millionen Euro.

Die SPÖ-dominierte Stadtgemeinde Köflach steht knapp davor, 330 Gemeindefunk-

nungen zu verkaufen. Den Bewohnern drohen höhere Mieten, da private Investoren mehr auf Gewinn bedacht sind als die Gemeinde.

„In Graz und in der Steiermark würden wir aber im Gegenteil mehr Gemeindefunktionen brauchen, um dringende Wohnbedürfnisse zu befriedigen und um regulierend auf die Entwicklung der Mieten einwirken zu können“, meint KPÖ-Landesvorsitzender Franz Stephan Parteder.



Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernt man in der Schule

BIGSHOT.

GESAMTSCHULE Eine Schule für alle

Die Volksschule ist eine bestens bewährte Gesamtschule. So soll es bis zumindest zur 8. Schulstufe weitergehen. Erst dann ist es sinnvoll, einen bestimmten Bildungsweg einzuschlagen, meint die KPÖ.

Der Grazer Gemeinderat Andreas Fabisch vertritt die KPÖ im Landes-schulrat.



chermaßen in Kleingruppen gefördert – die besseren wie die weniger guten Schulkinder. „Die Besseren reißen dann die anderen mit“, ist Andreas Fabisch überzeugt. Weg vom klassischen Unterricht also, hin zur lehrerintensiven Arbeit in Gruppen. Mit einer Pädagogin/einem Pädagogen ist es dann nicht getan.

„Verschränkte Ganztags-schule“ lautet das Rezept am Weg zu einer besseren Ausbildung. Das Ziel: Die Kinder erleben in der Schule Lern-, Übungs- und Erholungsphasen, sollten zu Hause keine Aufgaben mehr machen müssen und Zeit zum Spielen haben. Das Lernen soll daheim eher die Ausnahme denn die Regel sein. „Das Problem der

Nachmittagbetreuung und der Nachhilfe wäre damit verkleinert“, meint Andreas Fabisch.

Verpflichtend und kostenlos für alle sollte schon im letzten Jahr vor Schulbeginn eine Förderung stattfinden. Es gelte, Defizite zu erkennen und daran schon vor Schulbeginn zu arbeiten, sodass der Schuleintritt dann wesentlich leichter falle. „Wenn dieses Geld für Kinder nicht da ist, wäre das ein Armutszeugnis für Österreich“, sagt der KPÖ-Schulsprecher.

Außerdem sollte die Schul-geldfreiheit erhalten bleiben: Derzeit werden die Eltern für alles Mögliche zur Kasse gebeten – kleine Summen, die insgesamt doch ins Geld gehen. Das sei nicht Sinn der Sache, meint Andreas Fabisch. „Seine“ Gesamtschule soll allen Kindern eine gleich gute Bildung und Ausbildung ermöglichen, ohne die Eltern zu belasten. Da sei die öffentliche Hand gefordert.

ÖH-WAHL Kommunistische Student/inn/en gewinnen dazu

Der Kommunistische StudentInnenverband (KSV) freut sich über Stimmen-zuwächse.

Der Kommunistische StudentInnenverband (KSV) hat bei der Hochschüler-schaftswahl 2007 in Graz unter schwierigen Rahmenbedin-gungen mit 5,56 % das beste Ergebnis in seiner 35-jährigen Geschichte erreicht. Das Mandat in der Universitätsvertre-tung Graz wurde gehalten, Stimmen gewonnen und der Einzug des rechtsextremen RFS (Ring Freiheitlicher Studenten) verhindert.

An der Medizinischen Uni-versität erreichte der KSV mit 7,02 % das beste Ergebnis öster-reichweit, für den Einzug in die Universitätsvertretung fehlten nur 19 Stimmen. An der TU Graz konnte der KSV, der hier bislang nicht kandidiert hatte, aus dem Stand 4,38% erringen. Insgesamt wurden in Graz über 500 Stimmen für den KSV ab-gegeben, was maßgeblich zum Erreichen des Bundesvertre-tungsmandats, das der Grazer Hanno Wisiak besetzen wird, beitrug.

Auch in den Studienvertre-tungen konnte der KSV seinen Einfluss ausbauen. In den Fächern Geschichte und Humanmedizin erreichten die Brüder Hanno und Sebastian Wisiak jeweils die meisten Stimmen. Auf dem Institut für pharmazeutische Wissen-schaften konnte der Grazer KSV-Vorsitzende Andreas Nitsche in die Studienvertretung einziehen.

Die KommunistInnen sehen sich in ihrer konsequenten Interessenspolitik für die Mehrheit der Studierenden und ihrer soliden marxistischen Orientierung bestätigt und werden in diesem Sinne weitere zwei Jahre tätig sein.



Vor 20 Jahren, mit Beginn am 1. Juni 1987, besetzten Fohnsdorfer Aktivisten die Zufahrt zu einer geplanten Mülldeponie im Murwald. In der monatelang dauernden Aktion konnte schließlich die Errichtung der Deponie über Grundwasser verhindert werden.

DIE FAKTEN

EU-weit kontrollieren wenige große französische, deutsche und spanische Konzerne wie Veolia, Suez, Remondis und FCC das Geschäft mit dem Müll.

Die Nr. 1 der Abfallsparte Veolia hat z.B. ein mehr als 200-fach größeres Umsatzvolumen als das gemeindeeigene Abfallunternehmen der Stadt Linz.



FATALE ENTWICKLUNG

Abfallvermeidung aufgegeben

Private Konzerne entdecken zunehmend ein profitables Geschäft mit dem Abfall. Die Folgen sind fatal. Denn wer vom Müll profitiert, will immer mehr davon.
von Gerald Oberansmayr

Die Gewinne in der Müllbranche sind beachtlich. Die Nr. 2 in der EU – Suez/Sita – schüttete 2005 fast eine Milliarde Euro an Dividenden aus. Gewinne sprudeln freilich erst dann, wenn die öffentlichen Unternehmen aus der Abfallwirtschaft zurückgedrängt werden. Hauptverbündeter der Konzerne ist die EU-Kommission. Ihre Strategie laut dem früheren Wettbewerbskommissar Frits Bolkestein: „Erst liberalisieren, dann privatisieren.“ Denn sobald die Gemeinden zur Ausschreibung

verpflichtet werden, haben die öffentlichen Unternehmen kaum mehr eine Chance gegen die privaten Giganten.

Müllberge wachsen

Die Privatisierung der Abfallwirtschaft ist in Österreich weit fortgeschritten. Eine besondere Form der Privatisierung erfolgt dadurch, dass bestimmte Aufgaben in den Verantwortungsbereich der „Wirtschaft“ gelegt werden. Im Verpackungsbereich nimmt das fast monopolartig die ARA (Altstoff Recycling Austria) wahr.

Die großen Produzenten und Verteiler von Verpackungen (Mayr-Melnhof, Prinzhorn, Unilever, Nestle, Coca-Cola, Rewe, Spar, Siemens, usw.) kontrollieren das ARA-System. Da diese vom Verpackungsmüll profitieren, ist der Anreiz zur Vermeidung von Abfall entsprechend dürftig.

Plastikmüll nahm in Österreich von 1999 bis 2003

um fast 40 % zu. Nur ein knappes Viertel davon wird im Rahmen des ARA-Systems wiederverwertet. Insgesamt ist das Abfallaufkommen in Österreich von 1993 bis 2004 von 40 Millionen auf 54 Millionen Tonnen angestiegen.

Giftmülltourismus explodiert

Wie negativ sich diese Politik der Privatisierung – in Verbindung mit dem EU-Beitritt – auswirkte, zeigt sich besonders drastisch am Beispiel der Getränkeverpackungen. Seit 1995 ist der Anteil der Mehrweggebinde (vor allem Glasflaschen) zugunsten von Wegwerfgebinden (Plastikflaschen, Aludosen) von 65 % auf

unter 27 % zurückgegangen. Glasflaschengebote, wie es sie vor dem EU-Beitritt etwa für Mineralwasser gab, wurden vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben, weil sie „nicht mit EU-Gemeinschaftsrecht vereinbar“ sind. Resümee des Umweltvereins Ökoconsult: „Abfallpolitik im Sinne von Abfallvermeidung wurde völlig aufgegeben.“

Privatisierung und EU-Binnenmarkt kurbeln auch den Giftmülltourismus kräftig an. Der Müll wandert dorthin, wo die Umweltvorschriften am laschesten und die Löhne am niedrigsten sind. Seit dem EU-Beitritt Polens hat sich allein der Giftmülltransport von Deutschland nach Polen um das 250-Fache (!) gesteigert.

STUDIE ZUR ABFALLWIRTSCHAFT

„Auswege aus der Abfallmisere“ heißt eine von Gerald Oberansmayr im Auftrag des KPÖ Landtagsklubs erstellte Studie zur Abfallwirtschaft über die wir in dieser und der nächsten Nummer der Steirischen Volksstimme berichten. Die Studie, die im Juli erscheint, kann unter 0316 / 877 51 04 angefordert werden.

Nur noch wenige größere Gemeinden wie Wien, Linz oder Graz sammeln wenigstens den Restmüll selbst. Das große Geschäft machen eine Handvoll Großbetriebe wie ASA oder die Saubermacher AG unter sich aus. Sie sind für drei Viertel des österreichischen Mülls zuständig.

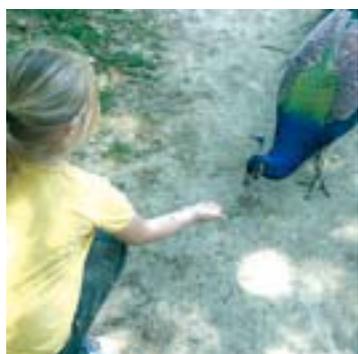


URLAUB – FÜR ALLE, DIE DAHEIM BLEIBEN

Ferienstpaß zum Nulltarif



Schloss Trautenfels: Sonn- und Feiertags für Familien gratis



Toll für Kinder: Pfaue füttern im Schlosspark Eggenberg

Gibt es noch Freizeitangebote, für die man nicht zur Kasse gebeten wird? Wir machten uns auf die Suche – und fanden einiges.

Tief in die Tasche müssen vor allem Familien greifen, wenn sie an Urlaubstagen einen Ausflug machen wollen. Doch schöne Stunden müssen nicht immer teuer sein. In der Steiermark finden sich einige nette Ausflugsziele, die auch mit (fast) leerer Brieftasche besucht werden können.

An heißen Tagen ist Schwimmen angesagt. Ohne Eintritt geht das zum Beispiel im Kammer-, Topplitz- oder im Grundlsee. Alle drei bieten viele nette Plätze, um in der Sonne zu baden, und sind übrigens wärmer, als man denken mag. Etwas kühler ist der Grüne See bei Tragöß oder der

idyllische Leopoldsteinersee bei Eisenerz, bei dessen Zufluss Kinder in unendlich viel Schotter wühlen können.

Apropos Kinder: Für die lohnt sich ein Besuch von Ridders Wald im Brucker Weintal allemal. Der Holzspielplatz glänzt mit einer 40-Meter-Rutsche und vielen Klettermöglichkeiten. Ein anderer toller Spielplatz findet sich im Schlosspark Eggenberg. Den betreten Familien gratis, wenn sie den Familienpass des Landes haben.

Mit besagtem Familienpass eröffnet sich ein schönes Schlechtwetterprogramm: Alle Zweigstellen des Joanneums vom Schloss Trautenfels übers Zeughaus bis zur neuen Jagd- und Naturschau in Schloss Stainz sind an Sonn- und Feiertagen kostenlos zugänglich. Ins Feuerwehrmuseum in Groß St. Florian dürfen Kin-

der bis 15 Jahre gratis, wenn zumindest der Papa oder die Mama dabei sind. Das selbe gilt für Kinder bis 14 Jahre im Tierpark Aumühle in Fernitz bei Graz, wo sich unzählige Meerschweinchen und Hasen füttern lassen und Ponys geritten werden wollen (allerdings für einen kleinen Beitrag).

Für Mutige bietet sich ein Besuch der Drachenhöhle bei Mixnitz an. Ausgerüstet mit einem guten Licht folgen sie jener Herausforderung, die schon so mancher Ritter auf sich genommen hat und marschieren durch riesige Hallen bis zum Wappenstein.

Wer es eher lustig mag, besucht die Wasserspiele in Waldbach, wo Wasserkraft eine kleine Welt mit vielen schrägen Figuren am Leben erhält. Wem der Minimundus der Oststeiermark gefällt, gibt gern eine freiwillige Spende.



Ein idyllisches Badeplätzchen ganz ohne Eintrittspreis ist der gar nicht so frische Topplitzsee im Salzkammergut.

ARCHE NOAH

In Österreich beschäftigt sich u.a. der Verein „Arche Noah-Gesellschaft zur Erhaltung und Verbreitung der Nutzpflanzenvielfalt“ mit diesem Thema. Es wird ein Ausbildungslehrgang zur Samengewinnung im Hausgarten angeboten. Auch Jungpflanzen und Saatgut sind dort erhältlich. Mehr Infos bei: www.arche-noah.at

Für Fragen steht auch der Autor zur Verfügung: aon.913999714@aon.at

Notkomitee: 1200 durch GMO bedrohte Weizensorten sollen aus der Genbank ausgehoben und in ihren Herkunftsgebieten wieder kultiviert werden – zur Erhaltung, aber auch als politisches Signal!



Protest vor der Genbank Gattersleben gegen die Biopiraterie.

CHRISTOPHE NOISSETTE

GEGEN BIOPIRATERIE

Saatgut ist Allgemeingut

Seit mehr als 12.000 Jahren züchten Menschen Kulturpflanzen wie Gemüse, Obst oder Getreide. Nun wollen Konzerne das Saatgut an sich reißen.

Von Florian Walter, Landwirt in Pöls.

War früher die Weiterentwicklung einer Weizensorte für einen Bauern „Ehrensache“, so melden heute Konzerne wie Syngenta, Monsanto oder Shell verbesserte Sorten oft als „Patent“ an, was hohe „Nachbaugebühren“ zur Folge hat. Oft handelt es sich um Sorten, die à la Biopiraterie in Entwicklungsländern „gestohlen“ wurden. Allein in Deutschland laufen hunderte Prozesse, da sich viele Bauern weigern, diese Gebühren zu zahlen.

Heute ist von Konzernen verkauftes Hybridsaatgut im Vormarsch. Selbst im Biolandbau stammt fast die gesamte Tomatenproduktion aus Hybridsamen! Nachgebautes Hybridsaatgut keimt zwar, der

Ertrag ist allerdings minimal. Noch radikaler arbeitet da die „Terminortechnologie“. Ein eingeschleustes Terminator gen verhindert, dass die nochmals angebaute Saat überhaupt keimt. Der Landwirt muss jedes Jahr neues Saatgut kaufen.

Samenfeste Sorten hingegen sind unbeschränkt nachbaufähig und werden dadurch oft besser, da sie nicht so homogen sind und sich dadurch besser anpassen können.

Der europaweit angestrebte Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut (GMO-Genetic Modified Organisms) wird die Vermehrung von samenfesten Landsorten behindern oder unmöglich machen, da mit Verseuchung

durch Pollenflug zu rechnen sein wird.

Einen ersten provokanten Vorstoß hiezu unternahm die bekannte Genbank Gattersleben (IPK) in Deutschland. Ihr Auftrag wäre eigentlich die Sicherung von tausenden von alten Landsorten.

Heuer startete sie jedoch einen Freisetzungsvorstoß von gentechnisch veränderten Weizen- und Erbsensorten auf ihrem Gelände. Durch dieses Experiment sind 1200 Weizenlandsorten, die dort heuer zur Erhaltung ebenfalls angebaut werden, akut der Gefahr durch gentechnische Verunreinigung ausgesetzt.

Saatgutinitiative

Um dieser gefährlichen Entwicklung gegenzusteuern, haben sich in Europa zahlreiche Saatgutinitiativen gegründet, die sortenfestes Saatgut erzeugen und verbreiten wollen. Der französische Verein „Kokopelli“ hat dafür

bereits zwei existenzbedrohende Klagen am Hals, da er sich weigert, die vorgeschriebene Zulassungsgebühr von mehr als 1300-8000 Euro pro Landsorte zu zahlen. Noch nicht rechtskräftiges Urteil: 20.000 Euro wegen Vertrieb von nicht EU-konformem Saatgut. Außerdem läuft eine Schadenersatzklage über 50.000 Euro eines großen Saatgutunternehmens wegen „unlauterem Wettbewerb“.

Aus diesem Grund ging es bei der dritten europäischen Saatguttagung „Vielfalt für alle“ zur Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt in bäuerlicher und gemeinnütziger Hand in Halle/Saale (Deutschland) darum, die Gesetze so zu ändern, dass Saatgut wieder der Allgemeinheit gehört! Außerdem wurde von den 140 TeilnehmerInnen aus fünf Kontinenten ein Notkomitee zur Rettung von 1.200 Weizensorten gegründet. **Verteidigen wir die Biodiversität!**

ANLAUFSTELLE UND KOMMUNIKATIONS-DREHSCHLEIBE

Zentralverband der Pensionisten

Der älteste Pensionistenverband Österreichs führt nicht nur Sozial- und Rechtsberatungen durch, auch für Kultur und Unterhaltung wird gesorgt.

Eine Frau kommt ins Büro im Grazer Volkshaus. Derzeit bezieht sie Pflegegeld der Pflegestufe 1, doch ihr Zustand hat sich verschlechtert. Sie ist recht zittrig und hat Sehprobleme. Beim Zentralverband der Pensionisten hilft man ihr. Gemeinsam wird ein Antrag auf Erhöhung der Pflegestufe ausgefüllt. Dies ist nur ein Beispiel der vielfältigen Hilfestellungen, die der ZV der Pensionisten, der älteste Pensionistenverband Österreichs, bietet.

Der ZVP unterstützt Menschen bei Anträgen um Pflegegeld und Pflegegeld-Erhöhung sowie bei Pensionsanträgen. Weiters ist er beim Geltendmachen von Absetzbeträgen für Lohnsteuer bei Erwerbsminderung, Diäten usw. behilflich. „Oft kommen Menschen zu

uns, die aufgrund eines dringenden Notfalles eine Überbrückungshilfe benötigen, z.B. wenn der Kühlschrank kaputt geworden ist“, erzählt Alfred Froschauer, mittlerweile langjähriger Obmann des Zentralverbandes der Pensionisten, „dann können sie um einmalige Unterstützung ansuchen.“

Die zum Großteil ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen organisieren aber auch Freizeitaktivitäten. Durch die Teilnahme an Muttertags-, Geburtstags- und Weihnachtsfeiern sowie bei Ausflügen und kulturellen Aktivitäten erleben die älteren Menschen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und sind gleichzeitig in ein soziales Netz eingebunden. Alljährlich im Herbst gibt es ein steiermarkweites „Kollegentreffen“.

Mitglieder zahlen einen minimalen Jahresbeitrag von 15 Euro. Alfred Froschauer: „Unser Verband ist überparteilich. Auch Menschen, die nicht Mitglied beim ZVP sind, können sich an uns wenden.



Obmann Alfred Froschauer vom Zentralverband der Pensionisten. Manche treten dann dem ZVP bei oder unterstützen uns mit einer Spende.“

Auf die drängendsten Probleme der PensionistInnen angesprochen, bringt Alfred Froschauer die mangelnde Unterstützung älterer, pflegebedürftiger Menschen durch den Staat sowie die einschneidenden Pensionsreformen in den letzten Jahren aufs Tapet. **Sprechstunden des Zentralverbandes der Pensionisten: Montag bis Freitag von 10.00 bis 14.00 Uhr Lagergasse 98a, 8020 Graz Tel. 0316 / 71 24 80.**

Komm. Jugend Lehrlinge verlieren

Die arbeitsrechtlich Schwächsten, die Lehrlinge, verlieren ihren Kündigungsschutz. Wer aufmuckt, fliegt raus.

Die Bundesregierung ist bekannt dafür, bevorzugt an denen zu sparen, die sich nicht wehren (können). Wer das Koalitionsprogramm gelesen hat, weiß: Die Studiengebühren sind längst nicht die größte Frechheit. Die 60-Stunden-Woche kommt wieder und die Lehrlinge werden schlechter gestellt.

Betrieben, die Lehrlinge einstellen, wird massiv Geld in den Rachen geworfen. Lehrlinge sind für diese Betriebe jedoch oft nur billige Arbeitskräfte. Sie müssen oft als billige, weil geförderte, Hilfsarbeiter erhalten. Außerdem ist es üblich, Lehrlinge regelmäßig unbezahlte Überstunden ableisten zu lassen. Wehrt sich ein Lehrling gegen diese Ungerechtigkeiten, hat er nun nicht einmal mehr einen Kündigungsschutz, der ihn vor der Willkür seines Chefs bewahren hätte können.

Aufstehen und Widersetzen!

Diese Ungerechtigkeiten haben System: die großen Firmen üben immer mehr Macht in unserem Staat aus, und nehmen daher immer mehr Einfluss auf unser Bildungssystem und auf unsere gesetzliche Lage. Wir, die Kommunistische Jugend Österreich, organisieren Schüler/innen, Lehrlinge und junge Arbeiter/innen sowie Student/inn/en, und bekämpfen diese Einflüsse. Wir zeigen Missstände auf, fragen uns aber auch, warum es diese gibt. Wir verbinden unseren marxistischen Kompass mit der Praxis der Tat. Hast auch du die Nase voll? Dann melde dich doch auf www.kjoe.at!



Die Pension genießen: Der Zentralverband der Pensionisten hilft dabei.

Foto: BIGSHOT

Wohnungstagung Wohnen macht arm

Am 29. Juni dreht sich ab 12 Uhr im Volkshaus in der Grazer Lagergasse 98a alles um den sozialen Wohnbau. Unter dem Motto „Wohnen macht arm“ sprechen zuerst Experten über „Die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen“, „Das Geschäft mit dem Wohnen“, „Die Praxis der österreichischen Wohnbauförderung“, über „Leitlinien für einen zeitgemäßen sozialen Wohnbau“ und „Sozialen Wohnbau im europäischen Vergleich“.

Um 19.30 Uhr beginnt die Podiumsdiskussion „Gegenwart und Zukunft des sozialen Wohnbaus in Graz“ mit Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Der Eintritt ist frei.



150 Jahre Südbahn. Am 22. Juni beginnt um 9 Uhr das Symposium „150 Jahre Südbahn“ im Mürztschlager Kulturbahnhof. Verschiedene Experten sprechen über die Geschichte und die Bedeutung der Südbahn über den Semmering in Richtung Adria, auf der einst gewaltige Dampfzüge für eine neue Form der Mobilität sorgten und noch heute für viel Interesse sorgen. Der Eintritt ist frei!

FRAUEN IM WIDERSTAND

Die im Dunkeln sieht man doch

Was wollen Sie schon wieder da, wollt Ihr noch länger Krieg führen, habt Ihr noch nicht genug Blut vergossen;

(...) Lächerlich, seid doch nicht so blöd, unsere Soldaten wollen ja nicht mehr kämpfen, ein jeder hat schon genug, aber Ihr gebt nicht nach.“

Diese Sätze, die die Grazerin Angela Friedl im August 1943 gegenüber der Blockleiterin der NSV angesichts einer Spendensammlung geäußert hatte, hatten fatale Konsequenzen und brachten ihr schließlich 1945 den Tod im KZ Ravensbrück.

Das Wissen um die Verfolgung von Frauen und ihre Internierung in Frauenkonzentrationslagern wurde zum größten Teil nicht aufgearbeitet, die Anerkennung für ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus und die „Wiedergutmachung“ für erlittene Qualen und Demütigungen wurden ihnen vielfach verwehrt.

In ihrem Buch „Die im Dunkeln sieht man doch“, möchten Maria Cäsar und

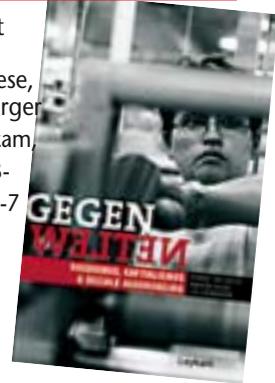
Heimo Halbrainer gegen „weiße Flecken“ in der steirischen Geschichte ankämpfen.

Neben der Schilderung der Aktivitäten weiblicher Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus in der Steiermark bildet das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück ein weiteres Schwerpunktthema der Publikation. Erschütternd die persönlichen Schilderungen von Luise Reiter.

Teil des Werkes bildet auch ein Lexikon der weiblichen NS-Opfer aus der Steiermark. „Viele Frauen, die hier genannt werden, wurden – nachdem die Nazis sie in die Konzentrationslager deportiert hatten – zu Nummern degradiert, ehe sie ermordet wurden. Ihnen ihre Namen wiederzugeben (...) ist das Hauptanliegen dieses Buches“, schreibt Heimo Halbrainer.

VORSTELLUNG DES BUCHES „GEGENWELTEN“

von Robert Reithofer, Marusa Krese, Leo Kühberger (Hg.); Leykam, ISBN 978-3-7011-7585-7



Rassismus – Kapitalismus – Soziale Ausgrenzung – eine Spurensuche nach solidarischen Gegenentwürfen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Alltag anlässlich 20 Jahre ISOP
Mit DJ Thomas Wolkingner & Interkulturelles Buffet

Samstag, 30. Juni 07, 20 Uhr
ISOP, Dreihackeng. 2, 8020 Graz

Neoliberalismus und Turbokapitalismus bestimmen den Lauf unserer Welt. Die Folgen: Rückbau des Sozialstaates im Norden, Verweigerung sozialer Grundrechte in der Dritten Welt. Die Spurensuche der AutorInnen führt uns in gesellschaftliche Gegenwelten und zeigt Konzepte auf, die sich den angeblichen Zwangsläufigkeiten, die die Interessen der Herrschenden uns vorgaukeln, verweigern.

Info: 0316 / 22 59 31



„Die im Dunkeln sieht man doch. Frauen im Widerstand – Verfolgung von Frauen in der Steiermark“.

Maria Cäsar/Heimo Halbrainer (Hrsg.), Verein Clio, Graz 2007

22.466 EURO PRO MONAT

Noch mehr Geld für Politiker

Österreichs Profipolitiker, die ohnehin üppig verdienen, bekommen ab 1. Juli noch mehr: Ihre Gehälter steigen um 1,5 Prozent.

Wer schon viel Geld hat, dem fliegt es am ehesten zu, sagt ein Sprichwort. Die Gehälter für Politikerinnen und Politiker belegen es. Um 1,5 Prozent steigen die Polit-saläre mit 1. Juli an. Bei den ohnehin stattlichen Einkommen macht das ordentliche Summen aus. Das Ausmaß der Steigerung bestimmen übrigens die Inflation oder die Pensionserhöhung des Vorjahres: Der jeweils niedrigere Wert ergibt den Gehaltsanstieg für Politiker. Heuer ist die letzt-jährige Inflationsrate von 1,5 Prozent schlagend.

Mehr als 20.000 Euro für Gusi

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer darf sich ab 1. Juli etwa über 300 Euro brutto mehr freuen, er überspringt

damit gehaltsmäßig monatlich die 20.000-Euro-Latte. Vizekanzler Wilhelm Molterer gibt's zwangsläufig „bescheidener“ und muss mit nunmehr 17.650 Euro brutto pro Monat auskommen. Insgesamt macht das Gehalts-Plus allein für die 20 Regierungsmitglieder knapp 5.000 Euro pro Monat aus. Ein Landeshauptmann dürfte per Regelung 16.047,20 Euro vor Abgaben pro Monat beziehen. Franz Voves ist da bescheidener. Er bekommt um etwa 1.000 Euro weniger.

Der politische Spitzenverdiener ist Bundespräsident Heinz Fischer. Er

bekommt künftig 22.466,10 Euro – festgelegte 280 Prozent des Gehalts eines Nationalratsabgeordneten (8.023,60 Euro).

Der Anstieg der Politsaläre gilt „lediglich“ die Wertsteigerung durch die Inflation ab.

POLITIKERBEZÜGE

Das verdienen Politikerinnen und Politiker pro Monat (brutto in Euro):

Bundespräsident	€ 22.466,10
Bundeskanzler	€ 20.059,00
Vizekanzler	€ 17.651,90
Präsident/Präsidentin des Nationalrat	€ 16.849,50
Ministerin/Minister	€ 16.047,20
Staatssekretärin/Staatssekretär	€ 14.442,40
Präsident des Rechnungshofs	€ 14.442,40
Klubobmann/Klubobfrau im Nationalrat	€ 13.640,10
Volksanwalt / Volksanwältin	€ 12.837,70
Nationalratsabgeordnete und EU-Abgeordnete	€ 8.023,60
Landeshauptmann der Steiermark	€ 15.019,54
Landtagsabgeordnete	€ 5.138,26



Teures Haus. Allein die 183 Nationalratsabgeordneten verdienen zusammen brutto 1,47 Millionen Euro pro Monat – mehr als 20 Millionen Schilling... BIGSHOT

SEMINAR: WAS TUN NACH DER KARENZZEIT?

In 10 Wochen bereitet der Verein Antriebswelle Mütter kostenlos auf den Beruf vor. Mit Kinderbetreuung!

Beim Verein Antriebswelle wissen Frauen aus eigener Erfahrung, wie hart ein Wiedereinstieg in den Job nach der Karenzzeit sein kann! Dabei wollen Viktoria Heinzl, Claudia Miesmer, Aisha V. Molnar und Pamela Proding Mütter unterstützen.

Ihre Zielgruppe sind Frauen in der Steiermark, die bereits während der Karenz an einen neuen Job denken. Für sie gibt es das 10-wöchige Berufsorientierungsseminar „Mutter.Macht.Karriere“, das den Frauen schon vor Ablauf der Karenzzeit die Möglichkeit bietet, sich ihrer Fähigkeiten und Stärken bewusst zu werden, um diese im Beruf sinnvoll umsetzen und nutzen zu können.

Durch persönliche Beratung und umfassende Information werden gemeinsam mit den Teilnehmerinnen individuelle Lösungen für den beruflichen (Wieder-)Einstieg erarbeitet. Die Inhalte: Stress- und Konfliktbewältigung, Zeit- und Selbstmanagement, Stärken- und Schwächenprofil, Bewerbungstraining, Bewerbungsmappe, Computer, Schnupperpraktikum und maßgeschneiderter Karriereplan.

Während der Kurszeiten gibt es eine professionelle Kinderbetreuung. Kosten gibt es keine, da diese von öffentlichen Fördergebern getragen werden. Das Ziel: Bessere Bezahlung und bessere Chancen am Arbeitsmarkt für karenzierte Mütter. Interessierte Mütter nehmen per E-Mail an antriebswelle@gmail.com Kontakt auf und bekommen dann nähere Informationen zugeschickt. Vorab gibt es auch Infos im Internet unter antriebswelle.blogspot.com.

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 E-Post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Die Politiker verdienen zu viel

Verdienen unsere Landespolitikerinnen und Politiker zu viel, fragten wir unsere Leser in der letzten Volksstimme. Anlass war ein Antrag der KPÖ im Landtag, wonach die Bezüge der steirischen Politikerinnen und Politiker um 30 Prozent verringert werden sollen. Als Richtsatz für die Bezüge solle die Mindestpension herangezogen werden. Der Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt – entgegen dem Wunsch unserer Leser. Entgegen dem Wunsch unserer Leser/innen, die meinten, dass die Politiker sehr gut mit weniger Geld auskommen könnten.

Hier einige Kommentare:

Viele Politiker denken nicht an die einfachen Leute, die trotz schwerer Arbeit oft immer weniger verdienen.“

Friedrich S., 8243 Pinggau
„Orientierung an Normalbürgern, Pensionisten!“

Ernestine M., 8750 Judenburg
„Mehr Verantwortungsbewusstsein und Leistung könnte für diese Gehälter verlangt werden.“

Helmut K., 8073 Feldkirchen
„Streiterei ist keine Arbeit.“

Heribert D., 8430 Gralla
„Ich habe 400 Euro Pension, die Herrn schmeißen mit 15.000 Euro um sich.“

Christine L., Bezirk Liezen
„Die müssen endlich vom hohen Ross heruntergeholt werden.“

Annemarie B., 8750 Judenburg
„Auch die Bundespolitiker könnten weniger Einkommen verkraften. Allerdings sind die Reichsten ganz andere Leute! Eine Orientierung am Mindesteinkom-

men wäre sinnvoll, dann würden wohl die Mindesteinkommen rasch drastisch erhöht!“

Elisabeth G., 8072 Fernitz

Die KPÖ-Politiker/innen – vier Landtagsabgeordnete und zwei Grazer Stadträtinnen – spenden übrigens einen Gutteil ihrer Bezüge für in Not geratene Menschen; 2006 waren das fast 135.000 Euro. Insgesamt wurden so seit 1998 schon 502.000 Euro gerechter verteilt!

Automaten verbieten

Ich bin komplett Ihrer Meinung, dass das kleine Glücksspiel umgehend verboten werden muss. Wie Sie richtig anführen, wird hierbei durch die Sucht alles verspielt, was man hat oder auch nicht hat. Wenn man allerdings keine Möglichkeit dazu hat oder in ein Casino fahren muss, ist dem sofort ein Riegel vorgeschoben und viele Österreicher hätten weniger Probleme.

Diese Sucht in den Griff zu bekommen ist „fast“ unmöglich. Ich danke daher der KPÖ für ihr Bemühen und hoffe, dass das kleine Glücksspiel, welches unkontrollierbar (die Auszahlungsquote ist im Juni und Dezember meist sehr schlecht!) ist, umgehend verboten wird.

Da ich selbst betroffen war, mich jedoch aus den Fängen des Glücksspieles befreien konnte, weiß ich, wovon ich spreche. Leider sehe ich noch immer Freunde, die monatlich hunderte von Euro in Spielautomaten einwerfen und so zumindest Teile ihres Lohns verspielen. Die einfachste Variante ist, die Automaten zu verbieten, da ein echter Spieler ansonsten nicht davon ablässt.

Name der Redaktion bekannt

Erinnern an den Holocaust

Agnes Primocic, Symbolfigur des Widerstandes gegen Faschismus und Nationalismus ist am 14. April 2007 in Hallein im Alter von 102 Jahren gestorben. Besonders beeindruckt mich ihre Aussage: „Es ist meine feste Überzeugung, dass man diese Zeit nicht aus dem Auge lassen, nicht vergessen darf. Sobald diese Zeit nicht mehr so gefährdend für das Land eingeschätzt wird, fängt der Beginn des Wiederkommens an.“

Leopold Engleitner hat als Kriegsdienstverweigerer und Zeuge Jehovas dreieinhalb Jahre in drei KZs überlebt. Er versucht auch in seinem 102. Lebensjahr vor allem die Jugend zu sensibilisieren, bei Unrecht nicht zu schweigen. Vor kurzem sagte er in einem Interview: „Ich habe mich immer dafür eingesetzt, die Ereignisse während der NS-Zeit nie in Vergessenheit geraten zu lassen. Vor allem die Jugend liegt mir am Herzen und ich merke, dass sie unvoreingenommen, an der Aufarbeitung dieser schrecklichen Zeit interessiert ist.“

Durch die Ausstellung „Die vergessenen Opfer der NS-Zeit“ die auch in diesem Jahr wieder in vielen Schulen in Österreich gezeigt wird, wird an das Unrecht während des NS-Regimes erinnert. Ing. Harald Schober

Zur Tierecke:

Wir – das sind Balu und Sumo – haben durch eure Tierecke völlig unkompliziert ganz super neue Herrchen und Frauchen gefunden, Balu in Graz und Sumo in Wünschendorf... Besser hätten wir es gar nicht treffen können.

Es geht uns beiden sehr gut im neuen Zuhause und wir sagen ein herzliches Dankewauwuff!!

Lorena Tripolt im Auftrag von Balu und Sumo

KLEINANZEIGEN

Kaminholz

Holz für Kamine, trocken, BUCHE oder EICHE, ofenfertig in sauber gelegter Kiste: 25cm - 33cm - 50cm, frei Haus mit KRAN- oder HUBWAGERL abgeladen, auch händische Einlagerung möglich, ab Euro 60,-/RM.

Tel. 0650/5332203, www.kaminholz-frei-haus.com

Stelle gesucht

Promovierte Juristin mit Englisch-, Italienisch- und Serbokroatisch-Kenntnissen und absolviertem BWL-Lehrgang sucht Stelle (ganztätig oder Teilzeit) in der Steiermark. Tel.: (0664) 122 1289 (nach 20 Uhr)

Schöne Bio-Lamm- und Schaffelle zu verkaufen:

Verschiedene Größen und Farben (weiß, beige, braun, schwarz). Geeignet auch für Babys – pflanzlich gegerbt. Ihre Bestellung versenden wir auch gerne. Barbara und Florian, Tel. 03579/8037, oder aon.913999714@aon.at

TIERECKE

Manchmal sind Menschen aus schwer wiegenden Gründen gezwungen, sich von ihrem Haustier zu trennen. Wir wollen mit unserer Zeitung helfen, dass diese Tiere ein gutes, neues Zuhause finden. Wir veröffentlichen Ihre Anzeige gerne. Schön wäre, wenn Sie uns auch ein Foto schicken könnten: Steirische Volksstimme, c/o Klub der KPÖ im Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz. Tel. 0316 / 877 5107. E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Red:out jeden
2. Montag des
Monats um
18:00 Uhr in der
Traminer Weinstube,
Graz, Kloster-
wiesgasse 2.



Frische Buttons,
24mm.

Tel. 0316 / 71 71 08
www.kpoe-graz.at



Impressum:
Steirische Volksstimme,
Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Tel. 71 24 79,
Fax 71 62 91
E-Mail: volksstimme@
kpoe-steiermark.at
DVR: 0600008



künstlerische Autonomie = finanzielle Unabhängigkeit

KUMAG IST EINE VEREINIGUNG VON KÜNSTLERN & MUSIKERN.
WIR BILDEN EINE GRUPPE - ADDIEREN UNSERE RESSOURCEN
SCHAFFEN FÜR UNS WICHTIGE SYNERGIEN.

ZIEL DER KUMAG IST DIE SCHAFFUNG EINER PLATTFORM.
WIR WERDEN VON PRODUZENTEN UNSERES SCHAFFENS
AUCH ZU VERMARKTERN UNSERER PRODUKTE.

KUMAG SUCHT KÜNSTLER & MUSIKER DIE AN DIESEM PROJEKT MITARBEITEN.

kumag@gmx.net

KUMAG
KUNST UND MUSIK AGENTUR GRAZ

Skandalflieger Eurofighter

Vom Ausstieg aus dem 18-Milliarden-Euro-Geschäft, wie in die SPÖ vor der Nationalratswahl gefordert hat, ist kaum mehr die Rede. Dafür wollen sie die ganze Belastung von Menschen und Umwelt auf die Steiermark konzentrieren. Korruption wird mit den Eurofightern zur Selbstverständlichkeit. Die Nutznießer der Eurofighter fordern immer mehr Geld.

Es ist zu befürchten, dass Milliarden verpulvert werden, damit die Steirer den Fluglärm ertragen dürfen, damit Österreich fit für eine EU-Armee ist und die Neutralität abgeschafft wird. Am 16. Juni wurde vor dem Parlament gegen die Flieger demonstriert, bei denen eine Flugstunde soviel Geld verschlingt wie eine Pensionistin in Österreich in drei Jahren bekommt!

Vorankündigung: **Neutralität bleibt!**

28./29. September 2007 findet in Graz eine Konferenz zum Thema „**Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?**“ statt.

Am 26. Oktober 07 gibt es auf der Burg Oberkapfenberg eine Großveranstaltung der KPÖ zum **Neutralitätsfeiertag**.

GLEISDORF:

„Keine Geschäfte mit der Spielsucht“



**Mittwoch, 4. Juli 2007,
19.00 Uhr,
Ludersdorfer Hof,
Ludersdorf 19, 8200**

LABg. Ernest Kaltenegger präsentiert die gleichnamige Initiative der KPÖ.

Anschließend stehen Ernest Kaltenegger und Regionalsprecher Edi Giesen für die Diskussion zur Verfügung.

DANKE

Immer größer wird die Zahl unserer Leserinnen und Leser, die auf unsere Fragen antworten, die uns ihre Meinung zu diversen Themen schicken und uns bei unseren Anliegen unterstützen (wie derzeit durch ihre Unterschriften gegen das Unglück rund ums Glücksspiel).

Dafür möchten wir uns herzlich bedanken und bitten weiterhin um Beteiligung!

UNTERSCHRIFTENAKTION:

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!



An die Steiermärkische Landesregierung! An den Steirischen Landtag!

Die Spielsucht wird zu einem immer größeren Problem. Viele Existenzen wurden bereits ruiniert, nicht selten führt die Sucht auch in die Beschaffungskriminalität. Die Betreiber der „Minicasinós“ sprechen mit ihrer Werbung gezielt Jugendliche und Menschen in Notlagen an, die in der Hoffnung auf das große Geld ihr letztes Hemd verspielen. Der Gesetzgeber hat das so genannte „Kleine Glücksspiel“ auf Einsätze von maximal 50 Cent und Gewinne von höchstens 20 Euro beschränkt.

Mit einfachen Tricks wird dieser vermeintliche Schutz aber umgangen, bei vielen der annähernd 5.000 Glücksspielautomaten in der Steiermark kann man in wenigen Sekunden hunderte Euro verspielen.

Wir fordern mit unserer Unterschrift das Land Steiermark auf, folgende Punkte rasch umzusetzen und dort, wo Bundeskompetenzen berührt sind, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine gesetzliche Regelung im Sinne des Forderungskatalogs zu erwirken:

- Klare gesetzliche Auflagen für Glücksspiele sowie strenge Kontrollen hinsichtlich deren Einhaltung
- Verbot von Werbung für Glücksspiele.
- Massive Besteuerung von Glücksspielautomaten sowie eine Zweckbindung dieser Steuereinnahmen.
- Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche.
- Verbot von Zahlungen für Glücksspiele im Internet

Name	Unterschrift
Adresse	
Name	Unterschrift
Adresse	
Name	Unterschrift
Adresse	
Name	Unterschrift
Adresse	

Eine Initiative des KPÖ-Klubs im Steiermärkischen Landtag: KPÖ-Landtagsklub, Landhaus, 8010 Graz, Telefon (0316) 877-5102.

Web: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>, Email: office@kpoe-steiermark.at

Unterstützungserklärungen bitte an obenstehende Adresse senden oder bei der KPÖ abgeben.

KUNDENTÄUSCHUNG

EU erlaubt Mogelpackungen

Inhalt von Verpackungen ist nicht mehr einheitlich. Statt einem Kilo Mehl könnte es bald 980 oder weniger Gramm geben – zum gleichen Preis.

Die EU bringt angeblich Erleichterungen für die Konsumentinnen und Konsumenten. So steht es in den Werbeschriften, die wir mit unseren Steuergeldern zahlen. Die Wirklichkeit schaut anders aus.

Ende Mai hat das EU-Parlament in Straßburg beschlossen, dass der Inhalt von Verpackungen künftig nicht mehr einheitlich geregelt werden muss. Damit erfüllt man einen Wunsch der Handelskonzerne und der Verpackungsindustrie – und öffnet dem Verwenden von Mogelpackungen Tür und Tor. Die neue Regelung tritt mit Jahresende 2008 in Kraft.

Künftig können Werbefritzen und Marketingstrategen viel leichter als bisher die Leute übers Ohr hauen. Das Angebot in den Regalen wird unübersichtlicher. Waren die Leute bisher gewohnt, dass etwa Mehl oder Reis üblicher-

weise in Packungen zu einem Kilo abgegeben wurde, müssen sie künftig viel genauer auf die Mengen schauen.

Die Firmen haben freie Hand bei der Abfüllmenge und können etwa statt eines Kilos nur 980 Gramm in die Packung hineingeben. Experten gehen davon aus, dass die neuen Gesetze zu schleichender Preiserhöhung genutzt werden.

Eindeutige Richtlinien gibt es für Wein und Spirituosen, die auch nur in festgelegten Flaschengrößen verkauft werden dürfen. Übergangsfristen gibt es für Milch, Nudeln, Butter und Kaffee auf fünf, für Zucker auf sechs Jahre.

Dabei gibt es Mogelpackungen schon seit der Euro-Einführung – vor allem im Kosmetikbereich. L'oreal etwa verkauft seit der Euro-Einführung den Nagellack statt wie vorher im 12-ml-Fläschchen

nur noch im 9-ml-Fläschchen. Der Preis blieb gleich, was einer Verteuerung um 25 % entspricht!

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder: „Die EU lässt Mogelpackungen nicht nur zu, sie ist selbst eine Mogelpackung. Wo Men-

schenwürde, Frieden und Konsumentenschutz draufsteht, ist Konzerndiktatur, Aufrüstung und Sozialabbau drinnen.“

Die KPÖ erinnert daran, dass Verpackungswahnsinn durch den damit verbundenen Abfall auch große Umweltprobleme mit sich bringt.



EU schränkt Konsumentenschutz ein.

Sind notwendige Waren zu teuer? Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Umfrage: Teuerung wegen dem Euro?

Verlost werden T-Shirts, CDs und DVDs.

Bei Auslandsreisen ist der Euro ein Segen, beim täglichen Einkauf eher ein Fluch. Was meinen Sie? (Bitte ankreuzen)

- Der Euro hat die Geldgeschäfte einfacher gemacht. Wir brauchen ihn.
- Durch den Euro ist alles viel teurer geworden. Der Schilling muss wieder her.
- Eigene Antwort: _____

• Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der steirischen KPÖ zugesendet.

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL) _____



An die
**Steirische
Volksstimme**
c/o KPÖ - Ernest Kaltenecker
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08



Der Euro brachte Preissteigerungen mit sich, die mit der Wertsteigerung durch die Inflation (zuletzt 1,5 %) nichts mehr zu tun haben und vielmehr unter Wucher fallen.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenecker, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

MEGAFUSION

**voestalpineböhler-
uddeholm:
Was kommt danach?**

Das Geschäft ist nach langem Feilschen abgeschlossen. Ein paar hundert Millionen Euro mehr als ursprünglich angeboten wandern von der voestalpine in die Taschen etlicher Privatanleger sowie auf die Konten einiger Versicherungen und Banken.

Sie alle konnten ihre Böhler-Aktien um mindestens das Doppelte verkaufen, als sie dafür seinerzeit bezahlt haben; abgesehen von den seither kassierten Dividenden. Einige Heuschrecken (mehr als 40 % der Aktien) hoffen allerdings auf noch höhere Angebote.

Zur Erinnerung: Böhler, nach der Zerschlagung der verstaatlichten Vereinigten Edelstahlwerke (VEW) durch die Fusion mit der schwedischen Uddeholm und einigen anderen Zukäufen entstandener neuer Konzern, hat durch hochwertige Ingenieur- und Facharbeit seine bisherige Weltmarktposition weiter ausbauen können. Ein Rekordjahr folgte dem anderen, was die Produktivität, die Umsätze und die Gewinne betrifft.

Wem nützt es?

Der neue österreichische Konzern voestalpineböhleruddeholm hat gewaltige Qualitäten auf dem Welt-

markt. Dort herrschen die Gesetze des Fressens und gefressen Werdens noch viel brutaler als auf dem österreichischen Kapitalmarkt. In dieser Nahrungskette steht der österreichische Stahlkocher auf dem Speiseplan so manchen Großkonzerns. Immerhin hat die Voestalpine wegen des Stahlbooms „Geld wie Heu“ (ORF) und hat Böhler-Uddeholm soeben wieder ein Quartal mit 14 % Umsatzsteigerung sowie einem Gewinnplus von 37 % (+73,3 Mio. Euro) gemeldet.

Und welche weiteren Rücksichten auf den globalen Wettbewerb wird man den Lohnabhängigen hineindrücken? Die jüngsten gesetzlichen Regelungen der Arbeitszeit sind nur ein Vorgeschmack. Dass man den Beschäftigten ein Bakschisch zukommen lässt – vielleicht ein paar Aktien als Gewinnbeteiligung – ist ein weiterer Trick, der dem Kapital mehr nützt als der Arbeiterklasse.

Frage: Muss das sein?

In Österreich gibt es Sozialhilfegesetze, bei uns gilt das Steiermärkische Sozialhilfegesetz. Es soll dazu dienen, dass niemand unter einem Mindestmaß an Geld leben muss. Wer ein Einkommen, beispielsweise Notstandshilfe unterhalb dieses Richtsatzes bezieht, dem muss die Differenz dazu ausbezahlt werden, auch wird dann ein Teil der Miete von der Sozialhilfe bezahlt.

Der Antrag hierzu muss im Gemeindeamt gestellt werden. Leider gibt es Gemeinden, die einen solchen Antrag einfach nicht entgegennehmen oder ihn von vornherein ablehnen. Hier fragen wir uns, ob das sein muss. Wir bieten jedem, der diesbezüglich eine Frage hat oder der seinen Richtsatz überprüfen lassen möchte, dass er bei uns anruft. Wir von der KPÖ helfen Ihnen gerne!

SOMMERFEST
OPEN AIR der KPÖ Kapfenberg
Mit den
intergalaktischen Starköchen
aus Ansfelden
und der beliebten Kapelle: „Gustl und Kuni“
Bands: **Strange Days** Rock aus Graz
H07 Ska aus dem Burgenland
Raccoonz Partymetal aus Kapfenberg
und **K-Punkt** Alternative aus Wien
Samstag, 21. Juli 07
ab 15.00 Uhr
Franz Bair Heim, Feldgasse 8
Eintritt frei!
e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kapfenberg.kpoe.at
in Stadt Land **kapfenberg**
KPÖ

Unsere Telefonnummern:

Tel u Fax 03862/22417
oder 0676/6132771

Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg
Fax 03862/22417
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

**KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland,
Mieterschutzverband**

Donnerstag 14.00 - 17.00 Uhr
Freitag von 9 - 13 Uhr und nach Vereinbarung

Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats
von 15 bis 18 Uhr

Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats
von 14 bis 17 Uhr

KJÖ
Kommunistische Jugend Österreichs
www.kjoe.at
m@il: kjoe@kjoe.at

Faschistenverein kommt nach Kapfenberg

Was seitens des sportbegeisterten Kapfenberger Amtsblattes als großartiges Sportevent angekündigt wurde, entpuppt sich als Geschichtsvergessenheit sondergleichen: Die Fußballmannschaft S.S. (wie bezeichnend!) Lazio Rom soll nach Kapfenberg auf ein mehrtägiges Trainingslager kommen. Auch ein Spiel gegen Kapfenberg ist geplant.

Lazio ist allerdings wegen seines berühmten rechtsextremen Fanclubs, den „Irriducibili Lazio“ (deutsch: die Unbeugsamen) bekannt. Dort feuert man seinen Verein nicht nur mit Fahnen in den Vereinsfarben blau-weiß an, sondern auch gerne mit Hakenkreuz-Fahnen, faschisti-

schen Emblemen und Transparenten, auf denen metergroße Lettern dem Gegner sagen: „Auschwitz ist eure Heimat, die Öfen euer Zuhause“.

Als sich der französische Nationalteamspieler Thuram für Lazio interessierte, machten ihm die Irriducibili in einem Gespräch klar, was man

hier von „Neger“ denke. Thuram beschloss daraufhin, doch bei Juventus Turin zu bleiben, Lazio blieb „arisch“...

Hier zeigt es sich einmal mehr: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Und ein Verein, dessen Fans dezidierte Faschisten sind, dessen Vereinsführung, die das massiv finanziell und infrastrukturell unterstützt und dessen Mannschaft nach „rassischen“ Kriterien ausgesucht wird bzw. teilweise selbst faschistisch ist, darf in Kapfenberg nicht geduldet werden!



Noch bleibt genug Zeit, Lazio Rom wieder auszuladen!

Besser wäre es einen anständigen Arbeiterverein, wie es der Kapfenberger SV auch ist, einzuladen. Den AS Livorno zum Beispiel.

BRUCK AN DER MUR

Alternative zur grünen Wiese

Bruck möchte sich gerne – nach eigenen Aussagen – als Alternative zu Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ positionieren. Da hat man aber noch viel Arbeit vor sich. Der Hauptplatz lebt von den beiden großen Gastgärten und sporadischen „Bierzeltfesten“

verschiedener Qualität. Die Herzog-Ernst-Gasse ist nicht erst auf Höhe Minoritenplatz sehr unattraktiv und vom ständig wachsenden Autoverkehr verstopft. Die Roseggerstraße ist von ihrer Mitte hin bis zum Grazertor so gut wie tot – viele Geschäftslokale stehen leer und werden auch leer bleiben. Diesbezüglich steht den Verantwortlichen einiges an echter Arbeit bevor, Selbstweihrauchung – wie auf



der Homepage von Bruck oder im Amtsblatt - wird nicht ausreichen. Dafür gibt es in Bruck eine unverhältnismäßig hohe Anzahl an Wettcafes und Pubs inklusive der damit einhergehenden Probleme – wie etwa Spielsucht, Alkoholismus und Verschmutzung. Diese hohe Anzahl an Gaststätten allein wird aber nicht genug sein, um den Einkaufszentren eine echte Konkurrenz zu sein. TOM

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

Tolle Ferienangebote für Kids

Katalog anfordern

Information und Anmeldung:

im **Kinderland** Büro

Ferienhotline: 0316 / 829070

E-mail: office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at

AKTIVPASS

Wir von der KPÖ fordern seit längerem die Einführung einer Aktivcard oder eines Aktivpasses. Mit einer solchen Karte können Menschen, die unter 800 Euro verdienen, Einrichtungen der Gemeinde, wie etwa Schwimmbad, Eisstadion, Sport- und Kulturveranstaltungen oder auch den öffentlichen Verkehr kostenlos oder stark ermäßigt benutzen.

Der Aktivpass – eine gute Idee

Kapfenberg
KPÖ



Rat & Hilfe – KPÖ

Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Freitag, 13. Juli
Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg,
Feldgasse 8
11.00 bis 14.00 Uhr
Anmeldung erforderlich!

**Tel: 0676/61 32 771
oder 03862/22 421**

KAPFENBERG

Sprechstunde

mit KPÖ-Labg.

Dr. Werner Murgg

Donnerstag, den 21. Juni 2007
13.00 Uhr,

Franz Bair Heim der
KPÖ Kapfenberg,
Feldgasse 8 (nahe ece)

Voranmeldung erforderlich!

Tel. 0676/61 32 771
und 03862/22417

Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung
finden Sie Rat und Hilfe...

...bei allen mietrechtlichen Fragen
...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
...bei drohender Delogierung
...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Telefonische Anfragen unter

**Tel: 0676/6132771
oder 03862/ 22 417**

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg, Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
und Freitag von 9:00 bis 13:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kapfenberg.kpoe.at

in Stadt
+ Land

kapfenberg
KPÖ

Müllproblematik in Kapfenberg

Warum das Müllproblem in Kapfenberg kein Ende findet, wissen wir nicht. Schon mehrmals haben wir über die mangelnden Abfuhrintervalle und überfüllten Mistkübel berichtet. Getan hat sich nichts, außer dass die Müllgebühren erhöht wurden und das Service schlechter wurde. Seitdem die Stadtgemeinde die Müllabfuhr an eine Fremdfirma ausgelie-

dert hat, gibt es immer wieder überfüllte Container. Solche Missstände ließen sich ganz einfach durch die Aufstellung zusätzlicher Kübel beseitigen.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Abfallentsorgungsunternehmen trifft hier nicht die geringste Schuld, diese leisten hervorragende Arbeit. Schuld ist hier, wie in so vielen Fällen, die Profitgier der Unternehmen. Positiv anzumerken ist allerdings, dass das Altschrottsammelzentrum ab Juli nun auch jeden ersten Samstag im Monat geöffnet hat.



KOMMENTAR VON CLEMENS PERTENEDER

Vorrang für Menschen in Not!



Kapfenberg ist an sich eine schöne Stadt. Aber Kapfenberg ist auch eine Stadt mit sozialen Problemen, vor denen man nicht die Augen verschließen darf. Der Arbeitskreis „Neue Armut“ sollte diesbezüglich Aufklärung bringen, und auch Lösungsvorschläge anbieten. In den Arbeitskreissitzungen haben die verschiedenen Gruppen herausgefunden, dass viele Schwierigkeiten durch die Einsetzung von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen verhindert werden können.

Ein solches Team wäre fähig, im gesamten Stadtgebiet Präventionsarbeit zu leisten, Vermittler zwischen Betroffenen und Sozialeinrichtungen zu sein, bei der Arbeits- und Wohnungssuche behilflich zu sein und Hausbesuche bei Kapfenbergern und Kapfenbergern zu machen.

Die Gemeinde hat aber nicht auf ihren eigenen Arbeitskreis gehört und nur eine Dreiviertelstellung einer Sozialarbeiterin genehmigt, die auch seit April hervorragende Arbeit leistet.

Diese wird jetzt natürlich mit Arbeit überhäuft, was bei dem Aufgabengebiet und den anstehenden Problemen auch kein Wunder ist. Ich habe mehrmals davor gewarnt, sich in diesem Fall mit zu wenig zufrieden zu geben.

Doch der gesamte Kapfenberger Gemeinderat hat im mittelfristigen Finanzplan beschlossen, dass das Budget des Arbeitskreises von derzeit 40.000 Euro auf 20.000 Euro

ab 2008 gekürzt wird. Ich frage mich: Muss das sein?

Ein einfaches Rechenbeispiel: Die neue Altstadtbrücke und der Parkplatz kosteten weit mehr als 800.000 Euro. Mit diesem Geld hätte man also gut 10 Jahre lang Hilfestellungen für Menschen in Notlagen finanzieren können!

Um eines klarzustellen: Wir als Kommunisten und Kommunistinnen sind nicht grundsätzlich gegen die Altstadtbrücke oder ähnliche Projekte. Unserer Meinung nach darf man Geld für solche Projekte erst dann ausgeben, wenn den Menschen in Not ausreichend geholfen wurde. Hier muss sich die Prioritätensetzung ändern!

Die von uns schon seit langem geforderte Einführung einer Karte, mit der Menschen, die unter 800 Euro Einkommen haben, alle Einrichtungen der Stadtgemeinde, das wären in etwa das Schwimmbad, die Sauna, das Stadion, Musik- und Konzertveranstaltungen, die Musikschule und die gemeindeeigenen Verkehrsbetriebe MVG – um den halben Preis benutzen können, lässt noch immer auf sich warten.

Geld wäre genug vorhanden, um die finanziellen Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Aber beschlossen werden solche Dinge von Leuten, die fast alle Mehrfachbezüge haben. Da wird gerne verschwendet, am falschen Platz und gegen jegliche Vernunft. Ich werde mir auch die nächsten Beschlüsse genau ansehen und weiter darüber berichten.

Preisrätsel

Wir zahlen hundert Schilling für jede und jeden, die / der uns sagen kann, welche Gebühren in den letzten fünf Jahren in Kapfenberg gesenkt wurden.

Tourismus Masterplan Mürzzuschlag

Mitte der Siebziger Jahre beginnend, brachte die „Stahlkrise“ der Mur-Mürzfurche einen radikalen Wirtschaftseinbruch. Auch Mürzzuschlag ist noch heute von den Folgen, die durch Abwanderung, Arbeitsplätzeverlust, Geschäftsschließungen und Strukturschwäche gekennzeichnet sind, betroffen.

Als Gegenmaßnahme empfahl Univ. Prof. Gunther Tichy von der Universität Graz schon damals, ein touristisches Standbein zu schaffen. Das wurde jahrzehntelang verschlafen. Es gibt zwar bemerkenswerte Museen, aber keinen nennenswerten Tourismus.

Nach viel Druck von proMz

und Grünen wird nun ein Tourismuskonzept für die Stadt erstellt. Bei einer „Zukunftswerkstatt“ sollten ein Ist-Zustand erhoben und Ideen für eine touristische Zukunft gesammelt werden. Jüngst wurde der touristische Masterplan präsentiert.

Dieser sieht vor, dass man zuerst auf einen „Retrotourismus“

mit mehr Tagesgästen setzen soll. Dieser „Retrotourismus“ soll auf Vorhandenes – Wiege des Wintersports, Weltkulturerbe Semmeringbahn, Brahms, Musikschule, Sport, Seminar und Kongress-tourismus sowie der Errichtung einer Facharbeiterausbildung im Gebäude des ehemaligen Gymnasiums – aufbauen.

Bei der übermächtigen Konkurrenz an Tourismusorten, die zum Teil einen jahrzehntelangen Vorsprung haben, muss zusätzlich zu den bestehenden Einrichtungen nach weiteren Marktnischen oder Tourismustrends gesucht werden.

Das Erhöhen der Nächtigungszahlen ist der zweite Schritt. Der Plan ist gut, dennoch gibt es weitere Elemente. Die zu bedenken sind: Angesichts der übermächtigen Konkurrenz an Tourismusorten muss nach weiteren Tourismuskonzeptionen gesucht werden, auch Zukunftsprojekte müssen Platz haben, das Ortsbild gehört auf Vordermann gebracht, man braucht autofreie Ruhezone (auch ohne Mopedlärm), einen Branchenmix mit attraktiven Einkaufsmöglichkeiten und eine entsprechende Präsentation unserer schönen Region.

Die in ÖVP dominierten Gemeinden mit der Agenda 21 erzielten Erfolge (wie z.B. die Regionen Almenland, Vulkanland, Mariazellerland-länderübergreifend und im Waldviertel mit Tschechien sogar international), sind beispielgebend. Da könnte die „Regionext-Strategie“ helfen, der unlängst im Landtag beschlossen wurde.

Wir von pro Mz werden im Gemeinderat konsequent darauf achten, dass der Einsatz von Steuermitteln für Tourismusprojekte genauestens geprüft wird. Aufwand und Ertrag müssen für die Stadt in einem günstigen Verhältnis stehen. Die Finanzierung von Bubenträumen und Hobbys mit Steuermitteln lehnen wir



ProMz Gemeinderat
Mag. Wilfried
Ledolter

ab, da sie in wichtige kommunale Einrichtungen wie etwa dem City Busprojekt besser investiert wären. Die Kontrolle der Geldflüsse soll auch verhindern, dass das Stadtmarketing hohe Summen ohne Nachweise, Effizienz und Nachhaltigkeit verbraucht.

Das Ziel der touristischen Entwicklung muss sein, Arbeitsplätze zu schaffen, die Abwanderung zu stoppen, Geschäftsansiedlungen zu forcieren, Lebensqualität und Wohlstand der Bevölkerung und die Zufriedenheit der Gäste zu steigern.

ProMz Gemeinderat Mag.
Wilfried Ledolter

Verkehrspolitisches Symposium

150 Jahre Südbahn – Hat die Bahn in der Steiermark noch eine Zukunft?

Freitag 22. Juni 2007
Mürzzuschlag, Kulturbahnhof



VORMITTAG, BEGINN 9 UHR
Vortrag zur Geschichte der Südbahn von
Dr. Gerhard Dienes
Literarische Lesung von **Prof. Gerhard Balluch**
Führung durch den Kulturbahnhof



NACHMITTAG, BEGINN: 14 UHR
Podiumsdiskussion zum Thema:
„Südbahn heute – ihr Stellenwert in
Verkehrs- und Kommunalpolitik“
mit:

- Franz Fromm**, Verkehrsreferent der Arbeiterkammer Steiermark
- Ernest Kaltenecker**, Klubobmann des Landtagsklubs der KPÖ
- Hermann Knoflacher**, Verkehrsexperte TU Wien
- Helmut Uttenthaler**, Obmann von Fahrgast Steiermark



Der Eintritt ist frei
Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen!
(Auch nur vormittag oder nur nachmittag)



MÜRZZUSCHLAG



Sprechstunde mit KPÖ-LAbg.

Dr. Werner Murgg

Donnerstag, den 21. Juni 2007
11.00 Uhr,

Im Heim der KPÖ Mürzzuschlag,
Wienerstraße 148 (nahe Orthuber)

Voranmeldung erforderlich!
Tel. 0650/27 10 550
oder 03852/24 53

Ausgabe für die Bezirke Weiz und Hartberg

Ökostrom ist möglich!

Eine Auseinandersetzung zum Hetzkommentar in der Kleinen Zeitung vom 31. Mai 2007 gegen Ökoanlagen

Offener Brief an:

sehr geehrter Herr Heinzl (Papierindustrieller Pöls)
sehr geehrter Herr Urs Harnik Lauris (Energie Steiermark)
sehr geehrter Herr Helfried Semler (Redakteur der Kleinen Zeitung)

Herr Heinzl, Sie drohen in einem Artikel der Kleinen Zeitung vom 31. Mai 2007 mit der Schließung des Zellstoffwerkes in Pöls. Es ist an und für sich nichts Neues, dass Industrielle in erpresserischer Weise das Arbeitsplatzargument benützen, um zu Subventionen und Förderungen zu kommen. In diesem Fall beziehen Sie sich auf das Ökostromgesetz, bei welchem, die bei der Zellstoffproduktion anfallende Ablauge, nicht gefördert wird.

Was hat das mit dem Zellstoffwerk zu tun? Mir ist schon klar, dass durch die Verstromung von Ablauge ein gutes Zusatzgeschäft zu machen ist, aber es ist nun einmal, so dass nach §39 Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz (Elwog) Ökostrom aus folgenden erneuerbaren Energiequellen stammen muss: Photovoltaik, Windkraft, Geothermie (Erdwärme) Biomasse und Biogas sowie Deponie- und Klärgas. Strom aus der Müllverbrennung und aus der Verbrennung der biomassehaltigen Ablauge der Papierindustrie ist kein Ökostrom.

Übrigens ist Lignin, das in der Ablauge enthalten ist, das Rohstoffpotenzial für die Herstellung von Holzleim.

Ob das geändert werden soll oder nicht, darüber kann man diskutieren, aber gleich mit dem Zusperrern von Pöls und mit der Arbeitsplatzkeule drohen?

Ja wird das Werk nicht wirtschaftlich geführt? Das Ökostromgesetz wäre dann sicherlich nicht dafür verantwortlich?

Ökostromzuschlag, Zählerpauschale

Was Sie vielleicht nicht wissen, ist die Tatsache, dass es den Ökostromzuschlag seit 1.1. 2007 nicht mehr gibt. An Stelle dessen wurde eine Zählerpauschale eingeführt. Die Konsequenz ist, dass Industrie und Gewerbe nur mehr einen Bruchteil des Ökostromzuschlages zahlen.

Haushalte werden zur Kasse gebeten

So werden, im fröhlichen Einklang zwischen Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer die privaten Haushalte zur Kasse gebeten. Still und heimlich wurden so 17 Mio Euro umverteilt.

Hohe Stromkosten in der Papierindustrie

Es stimmt, die Papierindustrie hat neben den Metall verarbeitenden- und Gießereindustrien hohe Stromkosten. Aber den Ökostromzuschlag gibt es nicht mehr. Was wollen Sie? Sie verhindern oder besser gesagt, die Sozialpartner, seit Jahren ein vernünftiges Ökostromgesetz. Schaut so eine vernünftige Unternehmenspolitik aus?

Herr Urs Harnik Lauris von der **Energie Steiermark (Estag)**: Sie sollten das aber doch wissen. Seit



1.1.2007 gibt es keinen Ökostromzuschlag mehr. Schauen Sie einfach mal in das Ökostromgesetz rein. Wenn Sie Geld für Ihre Aktionäre brauchen, drehen Sie einfach an der Energiepreisschraube oder entlassen ein paar Arbeitnehmer.

Herr Redakteur Helfried Semler, Was Sie an Polemik zum Thema Ökostrom und falscher Darstellung in Ihren Kommentar schreiben grenzt schon an Hetze gegen eine der innovativsten und wirtschaftlichsten Zukunftstechnologien. Mir ist schon klar, dass man die Hand nicht beißt, von der man gefüttert wird, aber so was von unsachlich ist mir selten in der Diskussion über die erneuerbaren Energie untergekommen. Wenn die Herren Harnik Lauris und Heinzl ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgen, ist das noch verständlich?

Stromkunden, von denen Sie angeblich wissen, dass die keinen Ökostrom wollen, wie viel sind das 15 %, 100 %?

Der Ökostromzuschlag, den es nicht mehr gibt, wird einem, laut Ihrem Kommentar, ja direkt aufgezwungen. Ich bin seit 10 Jahren als Ökoanlagenbetreiber und Ökoanlagenbauer tätig. Viele Menschen wollen eine Wende in der Energiepolitik, investieren und unterstützen die Ökostrombewegung. Die 20 Euro pro Jahr Zählerpauschale zahlen die meisten Menschen gerne. 85 % der Menschen



Wolfgang Feigl

in Österreich wollen keinen Atomstrom. Sie kritisieren die Ökoanlagenbetreiber, dass sie Gewinne machen – ja dürfen die das? Was denn sonst, sollen die etwa Verluste machen?

Mein Resümee Herr Semler: Schlecht und einseitig recherchiert, polemische Berichterstattung, kein Beitrag zur Aufklärung und am wirklichen Problem vorbei geschrieben.

Zum Schluss gebe ich Ihnen Recht, wenn Sie sagen: Das Ökostromgesetz muss repariert werden. Aber bitte im Sinne von CO₂-Einsparpotenzialen und Wertschöpfung für Österreich und die arbeitenden Menschen.

Ein Tipp von mir: Recherchieren Sie einmal über die Stromkennzeichnungspflicht, (transparente Ausweisung des Atomstromes auf der Stromrechnung), über den Doppelvermarktungsbegriff beim Stromhandel, über CO₂-Zertifikate und das deutsche Erneuerbare Energie Einspeisegesetz.

Einladung

Ich lade alle drei Herren zu einem runden Tisch, um die Halbwahrheiten und Ungereimtheiten bezüglich des Ökostromgesetzes zu diskutieren, vielleicht, Herr Semler organisieren Sie das.

In diesem Sinne: 30.000 neue Arbeitsplätze durch Ökoanlagen sing möglich!

Wolfgang Feigl
Ökostrominitiative
Steiermark

Elin-Wohnbau-Weiz: Alarmglocken müssen läuten

Zu den Berichten über eine Reihe von Unregelmäßigkeiten bei der Elin-Wohnbau GmbH. in Weiz stellt der Weizer KPÖ-Sprecher Wolfgang Feigl fest, dass Offenheit und Transparenz auch im Interesse der Mieter dieser Wohnanlagen notwendig sind. Wenn von einem Verrechnungs-Wirrwarr gesprochen wird, müssten

auch im Rathaus die Alarmglocken läuten. Feigl setzte sich dafür ein, den Prüfungsausschuss des Gemeinderates mit dieser Angelegenheit zu befassen. In der nächsten Ausgabe der Volksstimme erfahren Sie die Hintergründe der Rechnungshofkritik und eine Recherche, wer am sozialen Wohnbau verdient.

Kultur- und Kunstdiskussion in Weiz überfällig

Die Kunst- und Kulturdiskussion ist in Weiz an einem Punkt angelangt, wo derzeit nichts weitergeht. Warum?

- Weil es eine Mehrheit gibt, die über die Opposition drüberfährt. Würde das eine ÖVP-Mehrheit anders machen?
- Das Kunsthaus wurde nicht wirklich im Konsens errichtet. Deswegen sind noch offene Wunden sichtbar.
- Die Einstellungspolitik des Bürgermeisters ist parteipolitisch motiviert. Würde ein ÖVP-Bürgermeister nach Qualifikation einstellen? (Auch eine parteipolitisch

motivierte Jobausschreibung und deren Vergabe muss nicht immer falsch sein).

- Gleisdorf hat im Vergleich mit dem Weizer Kulturmanager einen cleveren, weitestgehendsten Organisations- bzw. Veranstaltungsmanager.
- Das Kultur- und Kunstverständnis von Menschen ist relativ und nicht messbar. Steht der gesellschaftspolitische Auftrag im Vordergrund oder der kommerzielle?

Vielleicht ist der runde Tisch noch möglich.

Wolfgang Feigl,
(KPÖ Weiz)

Ausgabe für die Oststeiermark

Das Ende der Glühbirne ist fix



Veraltete Energiefresser: Jetzt ist der Ausstieg fixiert.

Die führenden europäischen Lampenhersteller haben am Weltumweltag das Ende der Glühbirne bis zum Jahr 2015 fixiert. Bis 2015 wird schrittweise, beginnend mit den 100-Watt -Glühbirnen, die bisherige Technologie vom Markt genommen, sodass bis zum Jahr 2015 das Ende der Glühbirne in Europa Wirklichkeit wird.

Diese Maßnahme reduziert die CO₂-Emissionen der Be-

leuchtung der Haushalte um 60% (23 Millionen Tonnen jährlich) und reduziert die Stromrechnungen der europäischen Haushalte um rund 7 Milliarden Euro pro Jahr.

Schon derzeit unterstützt die oberösterreichische Lichtkampagne RICHTIG HELL den Umstieg auf gute und effiziente Beleuchtung. Siehe dazu www.richtig-hell.at

(Aus Ökonews)

www.bigshot.at

WEIZER BEZIRKSQUIZ DES MONATS



In welcher Sportart und in welcher Liga (in der sie zuletzt vor 37 Jahren gespielt haben) steigt eine oststeirische Mannschaft auf?

Tipp: Es ist nicht der GAK.

Heißer Tipp: 11 Personen braucht man, um das Spiel auszuüben.

Preis: eine Energieberatung

Kurz eine SMS, mit Angabe der Sportart und den Namen der Liga nennen, oder anrufen unter: 0664/39 555 14.

